

Fachtagung

Ist die Förderschule überflüssig?



Reader zur Veranstaltung am
25. September 2007, Erfurt,
Thüringer Landtag

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

Inhalt

Dieter Hausold Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag <i>Eröffnung und Begrüßung</i>	Seite 3
Diana Skibbe Bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag <i>Vorstellungen der LINKEN zu einer Schule ohne Sondereinrichtungen</i>	Seite 4
Prof. Dr. Hans Wocken Behindertenpädagoge an der Universität Hamburg <i>Programmatisches und Konzeption einer Schule für alle</i>	Seite 6
Swantje Köbsell Behindertenpädagogin an der Universität Bremen <i>Integration wohin - Anmerkungen zur Debatte aus Sicht der Behindertenbewegung</i>	Seite 13
<i>Diskussionsrunde</i>	Seite 18
Prof. Dr. Ada Sasse Sonder- und Sozialpädagoge an der Universität Erfurt <i>Integrative Beschulung in Thüringen</i>	Seite 20
Dr. Wolfgang Gündel Schulleitungsmitglied der Carolinenschule in Greiz, eine Förderschule mit Schwerpunkt geistiger Behinderung <i>Vortrag aus der Sicht der Förderschule</i>	Seite 23
Maik Nothnagel Behindertenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag <i>Resümee</i>	Seite 27

Impressum:

Herausgeber:
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag
Arnstädter Straße 51, 99096 Erfurt
Diana Glöckner (V. i. S. d. P.)

Dieter Hausold

Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag

Eröffnung und Begrüßung

Seit Oktober 2006 liegt unser Entwurf eines Schulgesetzes in Thüringen vor und wird in der Öffentlichkeit diskutiert. Ganz bewusst haben wir uns für eine breite öffentliche Diskussion entschlossen.

Hauptschwerpunkt unseres Gesetzentwurfs ist ohne Zweifel der Bereich der Integration. Das wird sicher nicht verwundern, ist doch die konsequente Schaffung eines integrierenden Schulsystems die wichtigste bildungspolitische Forderung der LINKEN und ihrer Fraktionen in den Landtagen und im Bundestag.

Integration, damit meinen und fordern wir, dass kein Schüler auf Grund seiner sozialen und finanziellen Bedingungen in der Familie, dem Bildungsniveau der Eltern oder auf Grund von unterschiedlichen körperlichen und geistigen Voraussetzungen Benachteiligungen im Bildungsweg erdulden darf. Die Aufgabe eines Staates besteht gerade darin, bestehende Unterschiede (z. B. durch unterschiedliche familiäre Bedingungen) auszugleichen bzw. zu kompensieren. Wir brauchen also eine Schule, die nicht sortiert, aussortiert und abschiebt und damit bestehende Unterschiede und Chancenungleichheiten verstärkt.

Mit Integration meinen wir insbesondere den:

- gemeinsamen Schulbesuch von Schülerinnen und Schülern mit unterschiedlichen Leistungsmöglichkeiten und Leistungsvoraussetzungen,
- die Integration von behinderten und nicht behinderten Schülerinnen und Schülern in einer Schule und
- die konsequente Integration und Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund.

Eine neue UN-Konvention (welche in Kürze im Bundestag ratifiziert wird), verpflichtet die UN-Mitgliedsstaaten, Behinderte ohne Diskriminierung in einem integrativen Bildungssystem zu unterrichten. Dies ist ein anspruchsvolles Ziel, dem sich vor allem Thüringen stellen muss. Im vergangenen Schuljahr lernten 7,3 % aller Thüringer Schülerinnen und Schüler in Förderschulen. Damit gehört Thüringen zu den Spitzenreitern unter den deutschen Bundesländern. Trotz zurückgehender Schülerzahlen ist dieser Anteil in den letzten Jahren angewachsen.

Die Ursachen hierfür muss man im momentanen Bildungssystem suchen. Im bestehenden Schulgesetz ist eindeutig geregelt, dass die Integration Vorrang vor einer Beschulung in einer Förderschule hat. Was verhindert also eine erfolgreiche Integration von behinderten Schülerinnen und Schülern? Reichen unsere gesetzlichen Regelungen aus? Welche Art von Schule brauchen wir, um eine wirkliche Integration bzw. Inklusion (darüber wird heute sicher vorgetragen) auch in Thüringen endlich Realität werden zu lassen?

Vorschläge dazu haben die Bildungspolitiker meiner Fraktion in dem vorliegenden Schulgesetzentwurf gemacht. Groß ist die Zustimmung. An einigen Stellen wurde Kritik geäußert und Änderungsvorschläge benannt, die wir sehr ernst nehmen und in dem weiteren Bearbeitungsprozess des Gesetzesentwurfs berücksichtigen werden.

Ich wünsche der heutigen Fachtagung einen erfolgreichen Verlauf. Gewinnbringende Denkanstöße für die Teilnehmer, eine lebhaftige Diskussion und viele Hinweise für den weiteren Bearbeitungsprozess unseres Gesetzentwurfs.

Dieter Hausold
Fraktionsvorsitzender

Diana Skibbe

Bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag

Vorstellungen der LINKEN zu einer Schule ohne Sondereinrichtungen

Seit fast einem Jahr liegt unser alternatives Schulgesetz vor. Erste Überlegungen waren auf der einen Seite, Vorstellungen und Visionen zu entwickeln und auf der anderen Seite, diese praktisch umsetzbar zu gestalten. Wir orientierten uns an der Form des Thüringer Schulgesetzes, um die Vergleichbarkeit mit diesem herzustellen. In einem ersten Arbeitsgespräch mit Wissenschaftlern und Fachpraktikern kristallisierten wir Probleme und Diskussionsschwerpunkte aus diesem ersten Entwurf heraus. Mit verschiedenen Veranstaltungen wollen wir diese Schwerpunkte näher beleuchten.

Einige wichtige Grundsätze unseres Schulgesetzes sind:

- das längere gemeinsame Lernen mindestens bis Klasse 8,
- Ganztagschulen in allen Schulformen und für alle Altersbereiche,
- die Vorschulphase soll für alle Schüler einen verbindlichen Charakter erhalten,
- die Schuleingangsphase flexibler gestalten und dies muss auch umgesetzt werden,
- Kinder sollen nicht mehr auf Förderschulen abgeschoben werden,
- die Förderung besonderer Begabungen kann an Regelschulen und Gymnasien erfolgen,
- wir wollen Selbstständigkeit und wirkliche Eigenverantwortlichkeit von Schulen,
- feste Schuleinzugsbereiche sollen aufgelöst werden,
- wir sind für eine Lernmittelfreiheit und wir wollen, dass jedem Kind an jeder Schule gesunde Ernährung möglich ist. Das schließt ein warmes Mittagessen mit ein.
- Ein wesentlicher Schwerpunkt in unseren Überlegungen ist die individuelle Förderung von Kindern.

In vielen Gremien stellen wir fest, dass die gesellschaftliche Entwicklung den Vorstellungen von Bildungsverantwortlichen hinterherhinkt. Vorstellungen von gemeinsamen Unterricht gibt es nicht erst seit heute, aber die Umsetzung beispielsweise der Schuleingangsphase verläuft eher schleppend und gegen viele Widerstände. Wir erleben viel zu viele Kinder auf Förderschulen, der prozentuale Anteil steigt, wie heute in der TA nachzulesen war. Kinder werden aus den Grundschulen ausgegrenzt, obwohl eine Förderung dort durchaus möglich wäre. Dabei haben die LINKEN auch aus anderen Bundesländern Überlegungen angestellt und Vorstellungen entwickelt. Einige dieser Vorstellungen möchte ich hier darstellen:

DIE LINKE aus Berlin schlägt beispielsweise vor, die Bildungsziele für den mittleren Bildungsabschluss in einem gemeinsamen Bildungsgang für alle zu erreichen. Einen besonderen Wert legt sie dabei auf die Mitbestimmung der Schülerinnen und Schüler. Ziel der schulischen Ausbildung wäre es

dabei, dass alle Schüler den mittleren Bildungsabschluss erreichen. Dafür soll Schülern und Lehrern mehr Freiheit eingeräumt werden. Wichtig ist, dass die Schüler das Lernen lernen und dass sie lernen, sich systematisch neues Wissen und Können anzueignen. Die Inhalte könnten viel freizügiger gestaltet werden. Unterricht soll in verschiedenen Lernformen stattfinden: Frontalunterricht, Kleingruppenarbeit, Einzelarbeit, Projektarbeit. Für Ganztagschulen müssen die Interessen der Schüler berücksichtigt werden, beispielsweise Sport, musische Interessen oder anderes.

Die Berliner begründen, dass integrative Schulsysteme besser und gerechter sind, weil das Verhältnis zueinander von Akzeptanz bestimmt ist. Jeder und jede sich gegenseitig in seiner Unterschiedlichkeit akzeptiert. Ein solches System sende das Signal aus, Du bist hier willkommen und niemand wird weg geschickt oder ausgegrenzt. Das ist eine Voraussetzung, um miteinander und voneinander zu lernen, sich in seiner Unterschiedlichkeit mit all seinen Stärken und Schwächen gegenseitig zu respektieren. Solche Systeme erzeugen ein Klima, indem Unterschiedlichkeit positiv aufgenommen wird und das für Lehrende und Lernende deutlich stressfreier und motivierender ist als im System, in dem das Prinzip der Aussortierung vorherrscht.

Integrierte Schulsysteme gehen grundsätzlich von heterogenen statt von homogenen Lerngruppen aus und ihre Struktur und ihre Pädagogik tragen dieser Tatsache Rechnung. Alle Schüler, leistungsstarke wie Kinder bzw. Jugendliche mit Lernentwicklungsverzögerung, können individuell gefördert und gefordert werden. Das bisherige deutsche Schulsystem basiert u. a. auf der Annahme, dass es drei relativ homogene Lernschichten gibt, die am besten dadurch gefördert werden, dass sie getrennt voneinander in jeweils einer Schulform unterrichtet werden. Faktisch ist aber keine Lerngruppe homogen. Auch die Lerngruppen des Gymnasiums sind es nicht. Die Schüler einer jeden Klasse in allen Schulformen bringen unterschiedliche Voraussetzungen, Interessen, Neigungen und Fähigkeiten mit, die ihr Lern- und Leistungsverhalten prägen.

Unsere Schulpraxis geht aber immer noch weitgehend davon aus, dass die Lerngruppen der verschiedenen Schulformen etwa gleiche Lernvoraussetzungen mitbringen. Wenn eine gewisse Heterogenität toleriert wird, dann nur in Gestalt der Gauß'schen Normalverteilung. Einige wenige gute Schüler, viele durchschnittliche und wenige schlechte Schüler. Das hat zur Folge, dass sich der Unterricht am Groß der Lerngruppe orientiert, also an den durchschnittlichen und leistungsstärkeren Schülern. Sowohl die besonders guten als auch die besonders schlechten Schüler fallen dieser Homogenitätsannahme zum Opfer. Sie werden zu wenig individuell gefördert und gefordert.

Oft wird den Vertretern der integrativen Idee Gleichmacherei unterstellt. Ist es genau genommen nicht gerade umgekehrt? Zielen nicht homogene Lerngruppen auf vermeintliche Gleichheit, indem die Unterschiede aussortiert werden? Um dies eindeutig klarzustellen, ein integratives Schulsystem wird seinem Anspruch nur gerecht, wenn die Heterogenität der Kinder und Jugendlichen in den Lerngruppen Ausgangspunkt des pädagogischen Denkens und Handelns ist, wenn auf alle Kinder und Jugendliche individuell eingegangen wird, wenn sie mit ihren individuellen Begabungen und Interessen wahrgenommen, gefördert und herausgefordert werden und wenn die Schule sich darum bemüht, individuelle Defizite zu verringern.

Bei guter Integration lernen die Schwächeren von den Stärkeren und umgekehrt. Dies steigert die Lernerfolge und die sozialen Kompetenzen. Die leistungsschwächeren Schüler erfahren von ihren gleichaltrigen Kameraden Unterstützung. Die Leistungsstärkeren festigen das Gelernte effektiver durch die Vermittlung ihres Wissens und Könnens an Schwächere. Bei Integration wird den bildungsfernen Schichten der gleiche Zugang zur Bildung gewährt und damit verhindert, dass ein Großteil der Jugendlichen hinsichtlich ihrer Bildung und ihrer individuellen sowie gesellschaftlichen Lebenschancen von vornherein ins Abseits gestellt werden. Derzeit stellt besonders die Haupt- und Förderschule eine Art Sammelbecken von so genannten Problemkindern, gehäuft aus bildungsfernen Schichten, dar. Auch bei besserer Ausstattung und mit engagierten und reformoffenen Lehrern würden sie Restschulen bleiben und den Schüler in der beruflichen Entwicklung behindern.

Wege zur Integration der Bildungsgänge könnten nach Vorstellung der Berliner ein integrativer Bildungsgang, ein gemeinsames Lernen im Klassenverband (Lernen in jahrgangsübergreifenden Lerngruppen) und Lernen in differenzierten Kursen einschließen. Das umfasst Pflicht, Wahlpflicht und fakultative Angebote für Schüler. Die differenzierten Angebote sollen der besonderen individuellen Förderung aller Schüler dienen. Hier können Leistungsdefizite und Rückstände ausgeglichen und Stärken gefördert werden. Hier besteht die Möglichkeit der Festigung und Vertiefung je nach Lerntempo und Leistungsvermögen. Und hier können Schüler ihren weiterführenden Bildungsweg durch entsprechende Kurs- oder Modulwahl eigenverantwortlich gestalten. Altersgemischte Unterrichtsformen sollen in allen Bildungsbereichen ihren Platz erhalten.

DIE LINKE in Sachsen hat den Anspruch, dass alle benachteiligten Kinder und Jugendlichen und solche mit sonderpädagogischem Förderbedarf den barrierefreien Zugang zu Schulgebäuden, Unterrichtsräumen und zum Unterricht erhalten. Jedes Kind hat den Anspruch auf Zugang dieser, wenn es das wünscht. Im Regelfall sollen allgemeine Schulen mit sonderpädagogischen Kompetenzen ausgestattet werden. Diese sind dann fester Bestandteil der Regelschulen. Förderschulen oder Förderschulklassen sollen eine Ausnahme bilden. Für Kinder mit Behinderung soll es die Möglichkeit der Verlängerung ihrer Schulzeit um drei Jahre geben, wenn sie dadurch einen Regelschulabschluss erreichen.

Auch im Thüringer alternativen Schulgesetz soll Integration und individuelle Förderung der Schüler in der Regelschule bei Lern-, Leistungs- und Verhaltensdefiziten sowie bei Behinde-

rung der Vorrang eingeräumt werden. Dazu soll jede Schule das zusätzlich notwendige sonderpädagogische sowie sozialpädagogische Personal bereitstellen. Ein- und Umschulung in Förderschulen ist nach unserem derzeitigen Gesetzentwurf noch möglich, aber nur nach umfassender Diagnostik und Beratung. Förderschulen und Förderklassen sind entsprechend der unterschiedlichen Formen von Defiziten bzw. Behinderungen einzurichten, wobei in diesen alle allgemeinbildenden Abschlüsse erworben werden können. Eine enge Zusammenarbeit, die auch den Austausch von Personal entsprechend dem Bedarf beinhaltet, wird zwischen Förder- und Regelschule angestrebt. Nach unseren Vorstellungen kommt auch der Förderung von Begabungen größere Bedeutung als bisher zu. Das müsste frühest möglich erfolgen. Spezialklassen, Spezialschulen und Gymnasien können die Möglichkeit der individuellen Förderung von Begabungen ergänzen.

Mit der heutigen Veranstaltung möchten wir die Möglichkeiten der Integration und Inklusion in Bildungseinrichtungen beleuchten. Wir suchen nach Möglichkeiten und Chancen bzw. Grenzen des gemeinsamen Unterrichts und wir wollen Wege zum gemeinsamen Unterricht aufzeigen. Sind Förderschulen als Ergänzung zu den allgemeinen Schulen notwendig? Brauchen wir diese noch? Wenn ja, in welchen Bereichen? Das schließt mit ein, dass wir Überlegungen anstellen müssen, wie moderne Bildungseinrichtungen arbeiten. Welches Personal, welche Ausstattung und welche Lernumgebung brauchen wir dafür? Welchen Einfluss hat das mehrgliedrige Schulsystem und wie könnte eine Übergangsphase aussehen? Welche Ansätze und Inhalte aus dem skandinavischen Bildungssystem könnte man übernehmen?

Lassen Sie mich noch einige persönliche Bemerkungen machen. Ich selbst habe bis zu meiner Wahl in den Landtag nur einen einzigen behinderten Menschen kennen gelernt, die Oma meines Mannes. Ihre Behinderung verdankte sie einem Sturz von der Leiter. Sie hatte sich ihres Rollstuhles so geschämt, dass sie ihre Wohnung später kaum verließ. Das erste Buch, das ich zu diesem Thema gelesen hatte, war „Kinder die anders sind“. Dieses Büchlein wurde 1980 geschrieben und kam 1981 anlässlich des „Internationalen Jahres der Geschädigten“ heraus. Es wollte helfen, Haltungen und Einstellungen zu Behinderten zu entwickeln und hatte mich damals sehr beeindruckt. Obwohl ich bis dahin nie mit behinderten Menschen zu tun hatte, sensibilisierte es mich zumindest ein wenig. Eine der Aussagen eines Kindes aus diesem Büchlein, dass es ja nicht krank sei, sondern nur anders, brachte mich zum Nachdenken. Beim Besuch einer Schule für geistig Behinderte viel später, als ich bereits im Landtag war, sprach einer der Lehrer von Kindern mit Entwicklungsbesonderheiten. Das gefiel mir außerordentlich gut, mach Schluss mit den Vorurteilen gegenüber diesen Menschen. Die Widmung des Büchleins „Das Vorurteil ist von der Wahrheit weiter entfernt als die Unkenntnis“ (Lenin) berührte mich nachhaltig. Heute, 2007, haben wir das „Internationale Jahr der Chancengleichheit“. Es dauerte also 26 Jahre, bis Behinderte zumindest offiziell und nach Gesetz das Recht haben, ohne Vorurteile behandelt zu werden. In den Köpfen der Menschen muss dafür wohl noch einiges getan werden. Den Zugang zur Bildung für alle zu ermöglichen, gleich welcher Herkunft oder welche Entwicklungsbesonderheit, müsste gesamtgesellschaftliches Anliegen sein.

Prof. Dr. Hans Wocken

Behindertenpädagoge an der Universität Hamburg

Programmatik und Konzeption einer Schule für alle

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will Ihnen heute eine Problematik und Konzeption der integrativen Pädagogik vorstellen.

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern „Um die deutsche Schule ist es schlecht bestellt!“. Es sind zwei zentrale Probleme, die das deutsche Bildungswesen auszeichnet. Erstens die mangelnde Effizienz und zweitens die mangelnde Bildungsgerechtigkeit. Die mangelnde Effizienz ist spätestens seit PISA publik geworden und nahezu monatlich gibt es irgendwelche neue internationale Studien, die wieder einmal belegen, dass Deutschland allenfalls in der zweiten Hälfte der internationalen Liga mitspielt. Meistens sogar im unteren Drittel. Das zweite Problem, die mangelnde Bildungsgerechtigkeit. Das deutsche Bildungswesen benachteiligt systematisch die Jungen, nicht die Mädchen, das hat sich geändert, die Kinder von kinderreichen Familien, die Kinder von Armen, die behinderten Kinder. Eine systematische Benachteiligung der Benachteiligten findet im deutschen Bildungswesen statt. Da schickt es sich gut an, dass Ihre Partei im Europäischen Jahr der Chancengleichheit ein neues Schulgesetz auf den Weg bringen will, was, ich denke doch, beide Probleme ein Stückchen angehen will, insbesondere aber natürlich das Problem der Chancengleichheit und das steht im Zentrum meines Vortrages.

Ich will Ihnen einstweil mündlich mitteilen, wie ich Ihnen das vortragen werde. Mein Vortrag gliedert sich in drei große Abschnitte. Im ersten Abschnitt will ich mit Ihnen gemeinsam noch einmal darüber nachdenken, warum wir jetzt überhaupt eine integrative Schule machen. Eine Begründung für Integration. Ich will Sie ein bisschen anstacheln, animieren, diesen Weg zu gehen. Nachdem ich das Schulgesetz, das ich heute noch heftig kritisieren werde, Ihren Entwurf, gelesen habe, war ich streckenweise sehr enttäuscht. Wirklich enttäuscht, so dass ich meine, Sie können doch ein bisschen ideologisches Feuer gebrauchen.

Das zweite Kapitel wird sein, da werde ich Ihnen die wichtigsten pädagogischen Prinzipien vorstellen, die man für eine integrative Erziehung braucht. Dieses Kapitel, welches ich ziemlich knapp halte, da die meisten von Ihnen nicht Lehrer sind und nicht unterrichten werden. Deshalb wird Sie das auch nicht so belangen.

Das dritte Kapitel wird dann sein, wie muss eine integrative Schule konzipiert sein. Welche Kinder kommen da rein, welche Ressourcen braucht man. Da werde ich ganz konkret sagen, wie man das machen muss. Wie viele Kinder eine Klasse haben müssen, wie viele Lehrer da sein müssen und dergleichen mehr. Umsetzbar schon morgen!

Zum ersten Punkt. Warum überhaupt Integration? Das mag sich mancher fragen, insbesondere die Sonderpädagogen, die ja schon Jahre und jahrzehntelang in Sonder-

schulen unterrichtet haben. War das alles falsch, was wir gemacht haben? Wir haben seit über 100 Jahren Sonderschulen und die Frage ist „Sind die verrückt geworden?“

Ich werde vier Gründe nennen, warum wir den integrativen Weg gehen sollten. Der erste Grund ist - Integration ist das Normale, nicht das Besondere, die Ausnahme. Die Ausnahme ist die Sonderschule. Integration ist das Normale. Und wenn etwas normal ist, müsste man das eigentlich gar nicht begründen. Etwas Besonderes, die Ausnahme, das muss man begründen. Ich will es an Beispielen deutlich machen. Wenn ich hier frei herumlaufe und keine Handschellen trage, dann muss ich das nicht begründen. Wenn dann jemand hereinkommt, ein Sheriff und sagt „Ab mit Ihnen ins Gefängnis“, dann würde ich sagen „Wo ist der richterliche Befehl?“ Wo ist die Ausnahme? Das will sagen, meine Freiheit muss ich nicht besonders begründen, sondern wenn ich eingesperrt werde, dann muss ich das besonders begründen.

Noch ein anderes Beispiel. Wenn ich für Frieden bin und nicht für Krieg, dann muss ich das nicht besonders begründen, weil Frieden das Normale ist. Wenn jemand Krieg machen will, wie der wild gewordene Texaner, dann muss ich verdammt gute Gründe haben, dass ich so einen Krieg anzetteln darf und nicht irgendwelche Vorwände nutzen, um da irgendeinen überfallartigen Krieg zu starten. Krieg muss man begründen, Frieden nicht!

Und so ist es auch mit Integration. Die Gemeinsamkeit aller Menschen, die Gemeinsamkeit aller Kinder, die muss ich nicht begründen. Wenn ich jemanden ausgrenze, wenn ich jemanden aussperre, wenn ich jemanden nicht hereinlasse und nicht teilhaben lasse, das muss ich besonders begründen. Integration ist also normal. Nicht wir müssen Integration begründen, diejenigen, die für Integration sind, sondern diejenigen, die für Sonderschulen sind, die sollen bitte besondere Gründe angeben. Wir haben die Begründungspflicht ein bisschen auf den Kopf gestellt. Wir werden immer gefragt „Warum wollt Ihr das?“. Nein, „Warum wollt Ihr die Kinder in besondere Schulen stecken?“, das muss begründet werden. Also erste Begründung für Integration ist - Integration ist normal.

Zweiter Grund. Ich verstehe Integration als einen Beitrag zur Friedenserziehung. Im 21. Jahrhundert und auch schon Ende des 20. Jahrhunderts ist es nahezu normal, dass die Gesellschaft multikulturell ist. Das gilt zwar nicht für die neuen Länder im gleichen Maße wie für die alten Länder, aber die entwickelten Gesellschaften sind multikulturelle Gesellschaften. Es ist völlig normal, dass deutsche und ausländische Kinder, Jugendliche und Erwachsene nebeneinander sitzen, im gleichen Sportverein sind, zusammenarbeiten, an der gleichen Werkbank stehen, dass sie sich

heiraten und gemeinsame Kinder haben. Das ist normal. Multikulturalität! Und wenn das normal ist, dann ist es verflucht notwendig, dass wir miteinander können. Dass wir uns aushalten, dass wir den anderen in seiner Andersartigkeit akzeptieren und nicht, wie vor einiger Zeit auf dem Balkan, den anderen umbringen, weil er anders ist. Ich sage ganz bewusst miteinander Können, nicht lieben! Wir müssen uns nicht alle lieben und können das auch nicht. Aber wir müssen uns wechselseitig tolerieren. Deshalb ist miteinander Können eine Schlüsselqualifikation für das Überleben der Menschheit. Ich sage es noch einmal, eine Schlüsselqualifikation für das Überleben der Menschheit. Und diese Schlüsselqualifikation, miteinander können, ist uns nicht in die Wiege gelegt. Das müssen wir lernen von Kindsbeinen an. Zu diesem miteinander Können will integrative Erziehung einen Beitrag leisten.

Integrative Erziehung hat für mich nichts, aber auch gar nichts mit Humanduselei zu tun. „Wir wollen mal lieb sein zu den Behinderten!“ Sondern es geht um das Miteinander gleichberechtigter Menschen. Das ist das integrative Anliegen. Der Frankfurter Sozialphilosoph Adorno hat einmal gesagt, dass das wichtigste Ziel der Erziehung sei, dass Auschwitz sich nicht wiederholt. So hat er es wörtlich gesagt! Das heißt, das wichtigste Ziel der Erziehung ist, dass wir die anderen wegen ihrer Andersartigkeit nicht umbringen. Das ist das wichtigste Ziel der Erziehung. Und diesem wichtigen Ziel der Erziehung soll Integration dienen. Es geht mir nicht nur um die Integration der Behinderten. Es geht mir um die Integration und die Gemeinsamkeit aller Menschen, die irgendwie verschieden und anders sind. Und deshalb ist für mich Integration ein Beitrag zur Friedenserziehung.

Der dritte Grund - Integration ist Aufgabe aller Erziehung. Man könnte meinen, dass Integration ein sonderpädagogisches Anliegen wäre. Auf Veranstaltungen zu Integration sind 90 % der Teilnehmer immer Sonderpädagogen und 10 % Allgemeinpädagogen, Grundschulpädagogen, was auch immer. Daraus könnte man schließen, es ist ein sonderpädagogischer Spleen. Nein, Integration ist eine allgemein pädagogische Aufgabe. Ich will das begründen mit dem jüdischen Philosophen Martin Buber. In seinem Büchlein „Reden über Erziehung“ schreibt Martin Buber. „Da betritt er den Schulraum zum ersten Mal, da sieht er sie in den Bänken hocken, wahllos durcheinander gewürfelt, missratene und wohlbeschaffene Gestalten, tierische Gesichter, nichtige und edle - wahllos durcheinander. Und sein Blick, der Blick des Erziehers, nimmt sie alle an und nimmt sie alle auf.“ Das heißt, Aufgabe von Erziehung ist nicht Auswahl, Aufgabe von Erziehung ist Annahme. Vater und Mutter, die Eltern, sind verpflichtet, ihr Kind so anzunehmen, wie es denn ist. Und sie können nicht sagen „Ein Kind mit roten Haaren wollte ich nicht“. Die Lehrerin eines ersten Schuljahres hat nicht das Recht zu sagen, „türkische Kinder kommen bei mir nicht in die Klasse“. Aufgabe von Erziehung ist Annahme. Erziehung darf sich nicht die Rosinen aus dem Kuchen rauspicken und das andere wegwerfen. Es ist grundsätzlich ein Auftrag der allgemeinen Pädagogik, alle Kinder so anzunehmen, wie sie sind, der gesamten Pädagogik. Von der Sonderschule bis zum Gymnasium bis zur Universität. Wir haben Kinder anzunehmen. Das ist also kein sonderpä-

dagogischer Fummel, den wir pflegen, sondern das ist Aufgabe von Erziehung überhaupt. Das haben wir ein wenig vergessen! Dieser Auftrag der Allgemeinpädagogik ist so sehr in Vergessenheit geraten. Wenn man Studenten an den Universitäten fragt, die Allgemeinpädagogik studieren „Hast du Ahnung von behinderten Kindern?“ „Ne dafür sind die zuständig!“, die sind schon im Kopf abgeschoben, die anderen. Dieser unpädagogische Geist, der ist in Jahrzehnten, ja in Jahrhunderten gewachsen und das müssen wir mühsam wieder zusammenkehren, damit alle begreifen, dass Integration eine Aufgabe von Pädagogik überhaupt ist.

Ich habe Ihnen drei Gründe aufgelistet, ich will noch einen vierten hinzufügen. Man kann Integration auch aus der Geschichte der Sonderschulen ableiten. Nun kann ich die ganze Geschichte der Sonderschulen hier nur in holzschnittartiger Verdichtung erzählen. Ich beginne einmal damit, dass ich Ihnen eine Vorstellung vermittele, wie Volksschule um 1900 aussah. Dieses Bild habe ich einmal auf dem Krämermarkt gefunden. Das zeigt Herrn „Stoppel“ mit 43 Jungen. Das war 1920. Um 1900 sah Volksschule vielfach so aus. Eine Klasse mit 80 Kindern war keine Seltenheit und die Lehrer haben nicht acht oder zehn oder zwölf Semester studiert, sondern sie sind gerade einmal zwei Jahre in einem Referendariat vorbereitet worden. Und sie bekamen nicht A12 oder A13, sondern einen Hungerlohn. Die mussten am Nachmittag hinter dem Pflug hinterherlaufen, damit sie was zum Beißen hatten. Es waren also schlecht ausgebildete Lehrer, schlecht bezahlte Lehrer und es waren viel zu große Klassen. Können Sie sich denken, wer bei diesen Klassen unter die Räder kam? Das waren die schwachen Kinder. Die fielen hinten runter. Denn Sie werden ja wohl nicht verlangen von einem solchen Lehrer, er soll bei einer Klasse mit 80 Kindern anfangen, Unterricht zu individualisieren. Was er gar nicht konnte und gar nicht gelernt hat. Es gab ja nur Frontalunterricht um 1900.

In dieser Situation sind alle Kinder, die Schwierigkeiten hatten oder Schwierigkeiten machten, aus der allgemeinen Schule rausgefliegen. So sind um 1900 die Sonderschulen entstanden. Die Sonderschulen für Lernbehinderte, die Sonderschulen für Sprachbehinderte und die Sonderschulen für Verhaltensgestörte. Die anderen Sonderschulen haben eine etwas andere Geschichte. Wenn man das verallgemeinern würde, die geschichtliche Herkunft von Sonderschulen, dann kann man sagen, ungenügende Allgemeinschulen, die Unvollkommenheit der Allgemeinschulen, das ist der einzige Rechtfertigungsgrund für die Existenz von Sonderschulen. Wenn allgemeine Schule beschissen ist, wenn sie so ist wie auf diesem Foto, dann haben wir das Recht und die Pflicht, im Interesse des Bildungsrechtes der behinderten Kinder Sonderschulen aufzumachen. Die Einrichtung von Sonderschulen betrachte ich nicht als einen historischen Fehler, sondern absolut als eine historische Notwendigkeit. Aber jetzt kommt es! Aus dieser historischen Notwendigkeit ist dann über die Jahre so das Bewusstsein entstanden, als ginge es gar nicht anders, als gehörten diese Kinder von vornherein in die Sonderschule. Vor zehn Jahren hat ein fürchterlicher Begriff die wissenschaftliche Diskussion wie auch die Gesetzgebung verstimmt. Der Begriff heißt Sonderschulbedürftigkeit. Ein Verbrechen! Es gibt keine Kin-

der, die der Sonderschule bedürfen. Das war einfach eine Legitimationsformel für den Aufbau und die Erhaltung von Sonderschulen. Es gibt keine sonderschulbedürftigen Kinder. Es gibt Kinder, die einer besonderen Förderung bedürfen. Das schon, aber eine besondere Schule gibt es überhaupt nicht. Nicht ein einziges Kind bedarf einer besonderen Schule. Aber es gibt viele Kinder, die zusätzliche ergänzende Unterstützung brauchen. Das ist auch Sinnbestimmung von Sonderpädagogik. Sonderpädagogik ist eine zusätzliche Ergänzung der allgemeinen Pädagogik. Die Kultusministerkonferenz von 1994 hat wörtlich gesagt „Sonderpädagogik ist subsidiär.“

Ich spinne den Gedankengang - Geschichte der Sonderschule - noch einmal weiter. Ich vergleiche die Existenzberechtigung von Sonderschulen vielfach mit so genannten Notaufnahmелagern. Vor zehn Jahren gab es ja einen wahren Flüchtlingsstrom von Menschen aus den östlichen Ländern in unsere Republik. Die mussten ein Dach über dem Kopf haben. Und wir hatten keine Wohnungen, keine Häuser. Da wurden dann Wohnschiffe herbeigeholt, Turnhallen wurden frei gemacht, Zeltplätze wurden frei gemacht und dort kamen diese Menschen dann zunächst unter. Das waren Notunterkünfte. Niemand hat gesagt „Das ist ja menschenunwürdig, die Leute in eine Turnhalle einzusperren“. Hat niemand gesagt, aber wir haben natürlich auf Dauer die Pflicht, diese Notaufnahmелager aufzuheben und auch diesen Menschen ein Zuhause, ein Dach über dem Kopf zu geben, wie es in unseren Breitengraden so üblich ist.

Das Bild von Notaufnahmелagern übertrage ich auf Sonderschulen. Sie waren historisch notwendig und sie haben Verdienste gesammelt. Das heißt aber nicht, dass die Sonderschulen eine Existenzberechtigung haben auf immer und ewig. Wir sind verpflichtet, die allgemeine Schule so einzurichten, dass sie auch gut genug ist für unsere Kinder. Und ich meine, dieser Zeitpunkt, dieser historische Zeitpunkt, ist jetzt gekommen. Die beste Schule Deutschlands ist die Grundschule. Mit Abstand die beste Schule. Ich glaube, dass Grundschulen mit einigen Nachhilfen in der Lage sind und auch willens sind, wenn man sich ihre Erklärung anschaut, behinderte Kinder aufzunehmen. Deshalb steht Integration, insbesondere in der Grundschule, jetzt auf der Tagesordnung. Wir können nicht mehr weiter sagen „warten, warten“, sondern die Grundschule ist fähig und willens und sie sollen diesen Schritt jetzt tun. Das mag zur Begründung von Integration genügen.

Erstens, Integration muss man nicht begründen, das ist normal. Ausnahmen müssen begründet werden. Zweitens, Integration ist ein Beitrag zur Friedenserziehung. Leben lernen mit Andersartigkeit. Sich aushalten können, das miteinander Können. Drittens, Integration ist Aufgabe der allgemeinen Pädagogik. Erziehung muss Kinder annehmen, wie auch immer sie sind und nicht auswählen. Viertens, Sonderpädagogik ist subsidiär. Nur das Ungenügend der allgemeinen Schule ist ein hinreichender Rechtfertigungsgrund für den Aufbau von Sonderschulen.

Ich komme nun zu meinem zweiten Abschnitt, die wichtigsten pädagogischen Prinzipien einer integrativen Erzie-

hung. Darüber könnte man natürlich ganze Vorlesungen halten, ich will das auf zwei Punkte beschränken.

Wenn man Integration machen will, braucht man zweierlei in der Pädagogik. Erstes Prinzip, die Individualisierung, zweites Prinzip, das Zweipädagogensystem. Das werde ich jetzt der Reihe nach erläutern. Zum ersten Prinzip, die Individualisierung. Ein integrativer, ein gemeinsamer Unterricht, geht nicht mehr als Frontalunterricht. Wir können nicht alle Kinder über einen Kamm scheren und die Kinder im Gleichschritt marschieren lassen. Das geht in der Integration nicht, sondern wir müssen den Unterricht individualisieren. Warum müssen wir individualisieren? Der Grund ist ganz einfach. Weil die Kinder individuell sind! Alle Kinder sind einmalig, alle Kinder sind anders, alle Kinder sind besonders, alle Kinder sind einzigartig. Alle Kinder! Nicht nur die Behinderten. Es gibt nicht zwei Gruppen von Menschen, die normalen und die Behinderten. Alle Kinder sind total individuell und einzigartig. So wie es hier im Raum nicht zwei Menschen gibt, die den gleichen Fingerabdruck haben, so gibt es nicht zwei gleiche Kinder. Deshalb darf Pädagogik die Kinder auch nicht gleichschalten und nicht gleich behandeln, sondern wir müssen individualisieren.

Individualisierung des Unterrichts bedeutet erstens, insbesondere eine Individualisierung der Ziele. Wir können nicht mehr mit Jahrgangsplänen arbeiten, wo von allen Kindern verlangt wird, dass sie am Ende eines Jahres ein bestimmtes Klassenziel erreicht haben und ansonsten sitzen bleiben. Alle Kinder brauchen im Grunde genommen individuelle Entwicklungspläne. Von einem körperbehinderten Kind werden wir keinen Weitsprung von vier Metern verlangen. Es sitzt ja im Rollstuhl. Von dem höchst hochbegabten Kind werden wir natürlich verlangen, dass es sich anstrengt. Die Äpfel müssen für alle Kinder so hoch hängen, dass sie sie auf Zehenspitzen stehend gerade so erreichen können. Integration hat mit Leistungsverzicht nichts, aber auch gar nichts zu tun. Integration ist herausfordernde und fordernde Erziehung. Aber bitte sehr individuell, für alle Kinder verschieden. Die gesunden Kinder müssen halt schneller laufen als die Kinder, die im Rollstuhl sitzen usw.

Dies ist das wichtigste, mit Abstand das wichtigste Ziel integrativer Erziehung. Ohne die Individualisierung der Ziele können wir Integration drangeben. Dann bleibt das geistig behinderte Kind schon am ersten Schultag sitzen und das lernbehinderte Kind spätestens im zweiten Schuljahr. Da ist Integration dann zu Ende. Ohne Individualisierung der Ziele geht es absolut nicht. Es ist eine fundamentale Voraussetzung integrativer Erziehung. Machen wir uns deutlich, dieses Prinzip kostet keinen einzigen Pfennig! Es kostet nur einen neuen Kopf. Wir brauchen ein neues Bewusstsein. Wir müssen zulassen können, dass die Kinder unterschiedlich weit kommen. Damit tun wir uns schwer. Das Gymnasium müsste zulassen können, dass da ein lernbehindertes Kind sitzt, das selbstverständlich nicht die drei Fremdsprachen lernen kann. Die Jahrgangsziele, das alles kann es in der integrativen Erziehung nicht mehr geben. Das ist aber das wichtigste Prinzip. Ansonsten führen wir das ein, was die alte Landschule praktiziert hat, dann sitzen die Schwachen immer in der letzten Bank. Das kann Integration nicht sein.

Neben diesem sehr wichtigen Prinzip, die Individualisierung der Ziele, müssen auch die Methoden individualisiert werden. Einige Kinder brauchen mehr Zuwendung, einige Kinder brauchen mehr Zeit, die anderen weniger oder gleich mehr. Die sehbehinderten Kinder brauchen bestimmte Sehhilfen oder gleich Neues. Schließlich brauchen wir die Individualisierung der Leistungsbewertung. Die Individualisierung der Leistungsbewertung ist unmittelbar angeknüpft an die Individualisierung der Ziele. Wir können nicht einen individualisierenden Unterricht machen und am Jahresende sagen „Jetzt wird aber abgerechnet, jetzt ist der ganze Spaß vorbei und jetzt schauen wir mal, wie weit ihr gekommen seid“. Dann richten wir am Ende des Schuljahres die Integration zu Grunde. Es gibt eine wunderschöne Grafik, die die Notwendigkeit der Individualisierung deutlich macht.

Da steht allerlei Getier vor einem Schiedsrichter. Ein Affe, ein Elefant, ein Fisch, ein Hund usw. Der Schiedsrichter sagt zu den Tieren „Damit das hier gerecht zugeht, heißt die Aufgabe für alle gleich. Wer von euch ist zuerst oben auf dem Baum“. Daran können Sie erkennen, dass gleiche Anforderungen eine fürchterliche Ungerechtigkeit sind. Und dass die gleichen Anforderungen, die jeweils spezifischen Kompetenzen der einzelnen Wesen überhaupt nicht zur Geltung kommen lassen. Wenn Sie einen Adler stundenlang schwimmen üben lassen, der wird nie das Klassenziel erreichen. Schafft der einfach nicht. Am Ende kann er nicht mal mehr fliegen, weil er soviel schwimmen üben musste. So gehen wir mit den gleichen Anforderungen in der Schule um. Auch die Individualisierung der Leistungsbeurteilung ist ein schwieriges Ding. Das bedeutet nämlich, Noten sind nicht mehr. Geht nicht! Sitzen bleiben geht nicht. Integration und Noten, Integration und sitzen bleiben ist nicht verträglich. Kostet nichts, kostet gar nichts. Nur einen Kopf brauchen Sie. Sie brauchen eine neue Pädagogik. Das ist die wirkliche Revolution in der integrativen Pädagogik, dass die Kinder zu ihrem Recht kommen, dass die einzelnen Kinder zu ihrem Recht kommen und nicht dass wir die Kinder über einen Kamm scheren.

Das ist das erste und wichtigste Prinzip der integrativen Erziehung, die Individualisierung. Das zweite Prinzip ist das Zweipädagogensystem. Eine heterogene Gruppe, eine integrative gemeinsame Lerngruppe ist ja ein wild zusammen gewürfelter Haufen. Von mehrfachbegabten Kindern bis hin zu schwerstbehinderten Kindern. So wie Martin Buber das auch beschrieben hat. Missratene und wohlbeschaffene Gestalten. Mit dieser Heterogenität kann ein einziger Lehrer nicht klarkommen. Aber es gibt eine Möglichkeit, mit dieser Heterogenität fertig zu werden. Wir brauchen einen zweiten Lehrer. Einen zweiten Pädagogen. Ich will Ihnen das einmal mit einem Gleichnis aus der Bibel begründen. Da gibt es eine wunderschöne Geschichte, da fragen die Jünger den Meister „Sag uns einmal, wer ist denn der gute Hirte“. Und da erzählt der Meister ihnen das Gleichnis vom guten Hirten. „Es war einmal ein Hirte, der hatte 100 Schafe. Von diesen 100 Schafen ging eines verloren. Wer ist nun der gute Hirte? Der, der einem verlorenen Schaf nachgeht, oder der, der bei den 99 Schafen bleibt?“

Ich will mich mit der Bibel nicht anlegen! Die Bibel sagt,

der gute Hirte ist derjenige, der dem verlorenen Schaf nachgeht. Ich meine aber, es macht auch Sinn, bei den 99 zu bleiben. Nur einer kann das nicht. Also selbst wenn wir den Hirten zur Universität schicken würden, selbst wenn er promovieren würde, der wird immer nur noch eines tun können. Er wird dann dem verlorenen Schaf nachgehen oder bei den 99 Schafen bleiben. Da nützt Kompetenzsteigerungsstudium usw. alles nichts. Einer alleine kann nicht. Das ist die einfache Botschaft dieses Gleichnisses. Wenn der Hirte einen zweiten Hirten hat, dann geht der eine dem verlorenen Schaf nach und der andere bleibt bei den 99. Und das ist die Lösung, und sie ist ganz einfach. So ist es auch mit einer integrativen Gruppe. In einer heterogenen Kindergruppe ist doch immer einer dabei, der gerade nicht weiß, „Wo sind wir denn auf welcher Seite?“. Da muss einer hingehen, aber wenn da zehn schreien, bricht der eine zusammen. Wenn da ein zweiter dabei ist und ein Kind hat gerade einen unruhigen Ansturm, dann nimmt er das Kind bei der Hand und macht mit ihm einen Gang über den Schulhof und dann hat es sich beruhigt und dann geht man wieder in die Klasse rein. Zwei Pädagogen können das. Und deshalb brauchen wir zwei Pädagogen. Ich könnte das auch wissenschaftlicher ausdrücken.

Die Komplexität der Lerngruppe ist gewachsen. Sie sind heterogener. Um diese Komplexität wieder aufzufangen, müssen wir die Komplexität der Pädagogengruppe gleichsam steigern. Dann ist alles wieder im Lot, dann passt es. Wir brauchen also ein Zweipädagogensystem. Ich sage ganz bewusst Zweipädagogensystem. Das bedeutet nicht, dass in jeder Unterrichtsstunde einer Integrationsklasse zwei Lehrer anwesend sein müssen. Wie häufig ein zweiter Pädagoge da sein muss und welche Kompetenzen der haben muss, das ist ganz und gar abhängig von den Kindern, die in der jeweiligen Gruppe sind. Man muss sich die Klasse anschauen und dann kann man sagen, wer dazu kommen soll. Der zweite Pädagoge könnte z. B. durchaus auch eine Mutter sein. Eine Mutter kann durchaus ihr Kind morgens in die Klasse bringen und dann zu Beginn des Unterrichts sagen „Kommt mal ihr vier mit in die Leseecke und lest mir mal vor, was ihr zu Hause geübt habt“. Kann das eine Mutter? Doch, in der Regel schon. Dafür muss man nicht Pädagogik studiert haben. Es gibt so manche, einfache unterstützende Tätigkeiten, die ein ungelerner, nicht professioneller Pädagoge machen kann. Wir haben in Integrationsklassen auch sehr gute Erfahrungen mit Zivildienstleistenden gemacht. Es waren sehr gute Pädagogen, dürfen aber neuerdings nicht mehr eingesetzt werden.

Manchmal sind aber die Unterstützungsbedarfe und die Lernbedürfnisse der Kinder so speziell, das kann die Mutter dann nicht mehr. Das sollte man ihr nicht anvertrauen, das sollte man lernen, das sollte man studiert haben. Da muss der zweite Pädagoge etwa ein Grundschullehrer sein, der sich aufs Lesen lernen versteht. Normal sind die Förderbedarfe noch viel spezieller. Sprachtherapie oder so was. Das kann ein Grundschulpädagoge nicht mehr. Das muss dann ein studierter Sonderpädagoge sein. Also, von den Förderbedarfen der Kinder ist es abhängig, wer noch zusätzlich dazu kommen sollte und wie lange derjenige dazu kommen sollte. Das muss also nicht ein vollständiger Zweipä-

dagogenhaushalt sein, von morgen acht bis mittags halb eins. Sondern eine gelegentliche und temporäre Unterstützung durch irgendwelche ambulante Pädagogen ist erforderlich.

Nun kommt es! Das kostet. Das erste kostet nichts. Der zweite Pädagoge kostet. Der muss zusätzlich bezahlt werden. Mindestens solange wir noch ein zweigliedriges System haben, allgemeine Schule und Sonderschule und durch Integration die Sonderschule nicht aufgehoben wird, kostet das zusätzlich Geld. Wenn da drei Kinder aus einer Sonderschule abgezogen werden und die werden integriert, dann existiert ja die gesamte Sonderschule noch. Der Hausmeister muss bezahlt werden, die Heizkosten usw.

Die Kosten werden um nichts reduziert, sondern der zweite Pädagoge kostet zusätzliches Geld. Ein Kollege der Universität Berlin hat einmal ausgerechnet, was wirklich billiger wäre, Integration oder Sonderschule. Unter der Voraussetzung, dass wir nur ein gemeinsames System, nur Integration haben, ist die Integration billiger. Da hat er eingerechnet Fahrtkosten und vieles mehr. Er kommt zu dem Ergebnis, dass Integration billiger ist. Können wir dem Finanzminister nicht erzählen, weil wir nicht von heute auf morgen die Sonderschulen mit der Raupe zusammenschieben, sondern weil wir einen gleitenden Übergang haben und mindestens in der Übergangsphase müssen wir ein gutes Stückchen mehr das Portemonnaie öffnen, damit wir den zweiten Pädagogen bezahlen können.

Das sind die beiden wichtigsten Prinzipien. Die Individualisierung und das Zweipädagogensystem. Diese beiden Prinzipien müssen gegeben sein, ansonsten Hände weg von Integration. Dann lässt die Kinder in den Sonderschulen und ihrem Bildungsanspruch wird da besser entsprochen werden als in irgendeiner vermurksten Integration. Aber wenn die beiden Dinge gegeben sind, sofort anfangen. Da muss natürlich noch dies und jenes passieren. Für ein Rollstuhlkind muss eine Rampe geschaffen werden, aber das ist eine Kleinigkeit.

Jetzt werde ich Ihnen erzählen, wie Schule aussehen muss, damit alle Kinder ohne jegliche Ausnahme in einer gemeinsamen Schule unterrichtet werden können. Für mich sind alle Kinder integrationsbedürftig und alle Kinder integrationsfähig. Die Integrationsfähigkeit ist nicht eine Eigenschaft für Kinder, sondern ist eine Sache der Passung. Kinder und Schule, Kinder und Ressourcen. Das muss zusammen passen. Ich stelle mir jetzt die Aufgabe, ich werde Kultusminister von Thüringen und ich werde dann ein Programm vorlegen „Wie kann eine gemeinsame Schule, die von allen Kindern, ohne jegliche Ausnahme, besucht wird aussehen?“ Ich beschränke mich bei meinem kühnen Entwurf zunächst auf die Plenarstufe. Die Sekundarstufe ist ja eh noch so unaufgeräumt, da gäbe es noch manch anderes Problem zu lösen, auch ohne Integration.

In der Plenarstufe halte ich die gemeinsame Erziehung aller Kinder, ohne jegliche Ausnahme, einschließlich der schwer mehrfach behinderten Kinder, für möglich, und zwar landesweit. Wie sollte das zugehen? Ich will Sie an einem konkreten Beispiel in dieses Regelsystem einführen. Wir

stellen uns einmal eine Grundschule vor mit vier Klassen. Damit das Rechnen einfacher wird, möge jede Klasse 25 Kinder haben. Die Schule hat also 100 Kinder. Es ist normalerweise so, dass ungefähr 10 Prozent aller Kinder während ihrer Entwicklung in der Plenarstufenzeit mehr oder minder große Probleme im Lernen, im Verhalten und in der Sprache haben. Es geht mir also um die Kategorien Lernbehinderung, Sprachbehinderung und Verhaltensstörung. Um diese drei. Zu den anderen komme ich später. Zehn Prozent aller Kinder haben mehr oder minder große Probleme im Lernen, in der Sprache, im Verhalten. Wenn Sie eine Grundschullehrerin fragen „Schauen Sie sich mal Ihre Klasse an“, jede Grundschullehrerin kann ungefähr zwei bis drei Papenheimer in der Klasse benennen. Das sind die Sorgenkinder. Das sind zehn Prozent. Das heißt, an unserer Mustergrundschule mit 100 Kindern haben wir insgesamt zehn bis fünfzehn Problemkinder. Zehn bis fünfzehn Kinder, das ist ja so groß wie eine Sonderschulklasse.

Das heißt, diese fünfzehn Kinder, die es an jeder Grundschule gibt, die rechtfertigen die Einstellung eines Sonderpädagogen. Eine ganz normale Grundschule mit 100 Kindern hat zehn bis fünfzehn Problemkinder und dafür stellt man einen Sonderpädagogen ein. Und zwar präventiv von vornherein. Wir wissen, dass es diese Kinder gibt, da muss nicht erst getestet werden. Die Kinder gehen alle in ihre Nachbarschaftsgrundschule und der Sonderpädagoge ist schon da, ohne dass die Kinder getestet worden sind. Der Scham dieser Lösung besteht darin, wir verzichten auf die Begutachtung von Kindern. Wir verzichten auf die Etikettierung von Kindern. Die Kinder bekommen nicht den Begriff lernbehindert, sprachbehindert, verhaltensgestört. Es sind Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf und für den sonderpädagogischen Förderbedarf ist gesorgt. Der Mensch ist da. Ich plädiere allen Ernstes für die Abschaffung der Begriffe Lernbehinderung, Sprachbehinderung, Verhaltensstörung. Die brauchen wir nicht. Ich plädiere für die Abschaffung jeglicher Statusdiagnostik, jeglicher Etikettierungsdiagnostik. Weg mit diesem Rummel. Die Kinder kommen in die Schule rein, der Pädagoge ist da und beide Lehrer schauen sich die Kinder ganz genau an, was sie denn können, wo sie Probleme haben, wo sie Hilfe gebrauchen können und dergleichen mehr.

Ich plädiere nicht für die Abschaffung von Diagnostik. Prozessbegleitende Diagnostik, Lernprozessbegleitende Diagnostik darf und muss sein. Man muss ja wissen, wo die Kinder stehen. Aber Statusdiagnostik, Stempeldiagnostik, „Du bist lernbehindert“, brauchen wir nicht. Wir können also auf die diskriminierende Etikette Lernbehinderung, Sprachbehinderung und Verhaltensstörung, durchaus absolut verzichten. Wir erweitern die Bandbreite unserer Toleranz, die Bandbreite der Normalität und beziehen Lernbehinderung, Sprachbehinderung, Verhaltensstörung in den Bereich normaler Entwicklungsarbeit mit ein. Wir tolerieren, dass es Kinder gibt, die nicht ganz perfekt sind, die ein gutes Stückchen mehr Unterstützung brauchen.

Das ist meine Vision des ersten Systems, des Regelsystems. Die vollständige Integration aller Kinder mit Lernbehinderung, Sprachbehinderung und Verhaltensstörung. Da gehe ich erheblich über Ihren Gesetzentwurf hinaus. Sie wer-

den sagen, das ist doch Spinnerei. Das ist keine Spinnerei! Das machen wir in Hamburg. Dieses System heißt bei uns in Hamburg „Integrative Regelklasse“. Daher gibt es nur eine Sache, was die Schulen machen. Die Schulkonferenz muss sich zusammensetzen und muss einen Beschluss fassen „Wir wollen integrative Regelklasse werden und wir geben in den nächsten vier Jahren kein einziges Kind mit Lern-, Sprach- und Verhaltensproblemen auf die Sonderschule“. Dann kann man den Beschluss der Behörde mitteilen und dann bekommt man den zusätzlichen Sonderpädagogen und die Sache läuft. Aber dieses heilige Versprechen müssen Sie abgeben.

Mit diesem ersten System haben wir also alle Kinder mit Lern-, Sprach- und Verhaltensstörung integriert. Nun wollte ich Ihnen aber ein Schulsystem vorschlagen, wo auch die anderen Kinder integriert werden. Die Kinder mit Körperbehinderung, geistigen Behinderungen, mit Hörschädigung, mit Sehschädigung. Diese zweite Gruppe nenne ich „Kinder mit speziellen Behinderungen“. Was ist mit diesen Kindern? Sind die nicht integrationsbedürftig, integrationsfähig? Doch, aber es gibt einen ganz banalen Unterschied zwischen der ersten und der zweiten Gruppe. Dieser banale Unterschied ist die 1 % - Marke. Die erste Gruppe gibt es in der Häufigkeit über 1 %. Die zweite Gruppe unter 1 % alle miteinander. Die sind selten diese Kinder. Das ist ihr entscheidendes Merkmal. Die Seltenheit dieser Gruppe hat Konsequenzen für die schulpolitische Gestaltung. Es kommt nur alle Jubeljahre vor, dass ein blindes Kind an einer Grundschule anklopft und sagt „Ich bin da, ich will rein“. Da kann man doch nicht wie im ersten System jeder Grundschule von vornherein einen Blindenlehrer geben und einen Lehrer für Körperbehindertenpädagogik und einen Lehrer für Hörschädigung usw. Das kann keiner fordern wollen und das kann auch keiner bezahlen. Im zweiten Fall, wo die Kinder so selten sind, da bleibe ich noch mal konservativ bei der alten Methode, wenn ein solches Kind da ist, wird es von Fachleuten angeschaut, dann wird ein Gutachten angefertigt und dann wird diesem Kind ein sonderpädagogischer Förderbedarf zugeschrieben und wenn das Testat dann auf dem Tisch liegt, dann gibt es dafür Ressourcen obendrauf und extra.

Bei dieser zweiten Gruppe akzeptiere ich auch noch den Begriff Behinderung. Ich glaube, dass eine Mutter, die ein körperbehindertes Kind hat, das auch weiß. Sie wird auch den Begriff Körperbehinderung vielfach nicht als eine Diskriminierung empfinden. Das ist bei Lernbehinderung ganz anders. Das wird verschwiegen. Das erzählt eine Mutter doch keinem Verwandten, dass ein Kind eine Förderschule für Lernbehinderte besucht. Im zweiten Falle, bei blinden Kindern, bei körperbehinderten Kindern, bei sehgeschädigten Kindern, bei hörgeschädigten Kindern, da weiß es nahezu der Hausmeister. Da ist die Diagnose relativ einfach und da kann man nicht schummeln. Bei dem ersten Fall, da wird schon manchmal ein Kind für lernbehindert erklärt, nur damit man mehr Ressourcen bekommt. Im zweiten Falle nicht. Bei den Kindern mit speziellen Behinderungen, Hören, Sehen, geistige Behinderung, bleibe ich bei dem Begriff Behinderung und da bleibe ich dabei, ein sonderpädagogisches Gutachten zu schreiben und dafür soll es dann besondere Ressourcen geben.

Es wird ein Gutachten geschrieben, das geht dann an die Schulbehörde und die Schulbehörde stellt dann die entsprechenden sonderpädagogischen Förderstunden zur Verfügung. Nun gibt es an der Schule A nur ein einziges Kind mit Hörschädigung. Das bekommt natürlich nicht einen ganzen Lehrer, das ist klar, sondern die hörgeschädigten Kinder sitzen an der Schule A, an der Schule B usw., sie sind über den ganzen Landkreis, über die ganze Stadt verteilt. Der Lehrer, der diese Kinder betreut, der hat nicht einmal eine Klasse um sich, sondern der muss zu den Kindern hinfahren. Im zweiten Fall ist die sonderpädagogische Unterstützung eine ambulante Unterstützung. Die Kinder kommen nicht mehr zu dem Lehrer, sondern der Lehrer muss zu den Kindern hin. Der Sonderpädagoge ist im zweiten Fall ein reisender Lehrer, der von Schule zu Schule, von Klasse zu Klasse geht und „seine“ Kinder aufsucht. Die Schweizer haben dafür das nette Wort, das ist ein Kofferli-Pädagoge. Der ist also ein Wanderlehrer, ein ganz neues Berufsbild, was ich damit skizziere und worauf sich auch die behindertenpädagogische Ausbildung ein Stückchen ausrichten muss.

Im zweiten Fall bin ich nicht mehr ein Sonderpädagoge, der eine eigene Klasse hat, sondern ich habe viele Kinder, genauso viele Kinder wie bisher in der Sonderschule, nämlich zehn ungefähr und diese zehn Kinder betreue ich, indem ich mit dem Auto unterwegs bin. Damit es den Lehrern gut geht, brauchen wir für diese Lehrergruppe auch etwas Besonderes. Wir brauchen ein Lehrerhaus für diese Gruppe. Ein Lehrerhaus ist für mich eine Schule ohne Kinder. In diesem Förderzentrum gibt es einen Schulleiter, eine Anzahl von Kollegen, eine Sekretärin, eine Kaffeemaschine und was man sonst noch so zum Glückseligkeit braucht. Aber in diesem Förderzentrum gibt es keine Kinder. Förderzentrum ist ein multiprofessionelles Kompetenzzentrum. Mehrere Professoren sind da alle versammelt und die sind zuständig für die sonderpädagogische Unterstützung der Kinder in einem Landkreis, in einer Stadt oder wie auch immer.

Dieses zweite System, das subsidiäre System, haben wir in Hamburg nicht realisiert, aber das gibt es. Die Musterschule für dieses subsidiäre System ist die Blinden- und Sehbehindertenschule in Schleswig. In Schleswig war vor 30 Jahren die Situation für die Eltern von sehbehinderten Kindern folgende. Sie hatten die Wahlmöglichkeit, entweder sie geben ihr sehbehindertes Kind oder blindes Kind nach Hamburg in die Blinden- und Sehbehindertenschule mit der Konsequenz Internat oder sie schicken ihr Kind in die örtliche Schule mit der Konsequenz keine Sonderpädagogik. Da ist vor dreißig Jahren ein Sehbehindertenpädagoge auf die Idee gekommen „Wir machen solch eine Schule ohne Schüler“. Wir versammeln Blinden- und Sehbehindertenpädagogik in der Stadt Schleswig und wir teilen dann das Land Schleswig-Holstein in verschiedene Kreise und der Lehrer ist dann für die zehn sehbehinderten Kinder zuständig. Ab und zu versammeln wir uns in Schleswig zu Lehrerkonferenzen, in den Herbstferien holen wir sogar die behinderten Kinder nach Schleswig und machen Spezialförderung für sehbehinderte und blinde Kinder, aber wir bleiben eine Schule ohne Kinder. Auf diese Art und Weise gibt es im ganzen Land Schleswig-Holstein nicht eine einzige

Blinden- und Sehbehindertenschule. Es gibt in der Blinden- und Sehbehindertenschule noch 28 Lehrer und diese 28 Lehrer haben die blinden- und sehbehinderten Kinder des ganzen Landes unter sich aufgeteilt. Das ist machbar und das gibt es.

Wenn Sie diese beiden Systeme realisiert haben, dann wird mein Versprechen wahr. Ich hatte Ihnen gesagt, ich will alle Kinder ohne jegliche Ausnahme in der allgemeinen Schule integrieren. Mit diesen beiden Systemen, dem ersten System, das für die Kinder mit Lern-, Sprach- und Verhaltensstörungen zuständig ist, und mit dem zweiten System, das für Kinder mit speziellen Behinderungen zuständig ist. Da Sie Politiker sind, mach ich das auch an Zahlen fest. Auf der linken Seite steht das Regelsystem. In dem Regelsystem haben wir als Klientel Lernbehinderung, Sprachbehinderung und Verhaltensstörung. Wir haben dort ungefähr drei Kinder mit diesen Entwicklungsbeeinträchtigungen. Diese drei Kinder zähle ich doppelt. Eine Sonderschulklasse ist ja ungefähr die Hälfte einer normalen Klasse. Normale Klasse 25 Kinder, Sonderschulklasse 12 - 13 Kinder. Deshalb darf ich die doppelt zählen.

Es sind also in der Regelklasse drei Kinder mit Entwicklungsbeeinträchtigungen, die als sechs zählen und 19 normale Kinder, macht insgesamt 25 Kinder. Also ganz normal, gar nichts mehr. Kostenneutral! Für diese Regelklasse gibt es einen Sonderpädagogen für vier Klassen. Das hatte ich Ihnen ja an dem Beispiel erzählt. Eine Grundschule mit vier Klassen bekommt einen ganzen Sonderpädagogen. Das bedeutet, er hat 26 Stunden Unterricht, dass der Sonderpädagoge jeden Tag mindestens eine Stunde in jeder Klasse sein kann. Der kann das natürlich mal bündeln und sagen „Heute bin ich mal drei Stunden in Klasse A und dafür am nächsten Tag drei Stunden in Klasse B“. Aber das ist die Grundressource. Ein Sonderpädagoge für vier Klassen, die Klasse besteht aus drei Kindern mit Entwicklungsbeeinträchtigung und 19 normalen Kindern.

Das zweite System, das subsidiäre System, das Förderlehrersystem, da gehört rein die Hörbehinderung, Sehbehinderung, Körperbehinderung, geistige Behinderung. In der Klasse sind drin diese drei Kinder, die ich schon erwähnt habe und ein Kind mit einer speziellen Behinderung. In manchen Schulen haben wir die Klassengröße von acht. Also ungefähr ein Drittel der normalen Klassengröße an Grundschulen. Deshalb zähle ich dieses eine Kind dreifach. Eins, das zählt als drei, drei Kinder zählen als sechs und insgesamt 16 nicht behinderte Kinder, dann komme ich real auf 20 Kinder, die aber wie 25 Kinder zählen. Kostenneutral! In der Klasse mit einem speziellen Kind sind also 20 Kinder. Drei Kinder mit Entwicklungsbeeinträchtigung, eins mit einer speziellen Behinderung. In der Regelklasse sind 22 Kinder, 19 nicht behinderte Kinder und drei Problemkinder. Personelle Ressourcen sind so wie zuvor, aber dann ungefähr zwei bis drei Förderstunden pro Kind. Ein Sonderpädagoge hat ungefähr 26 Stunden, der hat acht Kinder. 26 geteilt durch 8, dann kommen sie circa auf drei Stunden pro Kind. Das ist die Ressource. Ganz konkret in Mark und Pfennig. Im Grunde genommen eine vollkommen kostenneutrale Rechnung. Das wäre mein Vorschlag für die Grundschule.

Für die Sekundarstufe geht meine Phantasie einfach noch nicht weit genug, da kann ich mir Integration nicht vorstellen, weil uns da die Hauptschule, das Gymnasium und die Realschule im Wege stehen. Wenn Sie diese beiden Systeme realisiert haben, dann ungefähr wird das wahr sein, was ich versprochen habe, eine Schule für alle Kinder. Das ist meine Vision, die schon morgen eingelöst werden könnte. Wo stehen wir? Diese Säulen zeigen den Anteil der segregierten bzw. integrierten Kinder in ausgewählten Ländern dieser Welt. Und zwar wird in Deutschland ein kleiner Anteil von rund 5 % - 10 % der behinderten Kinder integriert und der Rest wird in Sonderschulen unterrichtet. Im Vergleich dazu Italien, wo alle Kinder integriert werden. Wir sind, was die Integrationsquote angeht, der traurige Spitzenreiter von unten in der Tabelle. Aber Sie machen sich ja jetzt mit dem neuen Schulgesetzentwurf auf den Weg, das zumindest hier in Thüringen zu ändern. Ich darf abschließend auf einige Passagen ihres Entwurfes eingehen, der mich ein bisschen traurig gemacht bzw. enttäuscht hat.

Ich picke einige Dinge heraus. Da heißt es in Ihrem Entwurf § 3 „Jeder hat nach seiner Begabung das Recht usw.“. Ich wäre fast ohnmächtig geworden bei dieser Formulierung. Wenn Sie diese Formulierung nehmen, dann flüstern Sie den Konservativen ein gegliedertes Schulwesen ins Ohr. Das ist schlecht! In früheren Tagen, kann ich mich erinnern, hat die CDU immer Propaganda gemacht für ein begabungsgerechtes Schulsystem. Vielen Dank! Da haben wir das gegliederte Schulsystem. Diese Formulierung muss vom Tisch. Einigermaßen zustimmen kann ich noch dem Vorschlag „Die Eltern entscheiden darüber, ob ein Kind eine allgemein bildende Schule oder eine Sonderschule besucht.“. Das kann man vorübergehend als eine Eintrittsformel für die Integration gelten lassen. Langfristig ist das Elternwahlrecht keine Perspektive.

Kopfschütteln bei dem Satz „Die pädagogische Arbeit an der Förderschule hat die Integration der Schüler während und nach der Schulzeit zum Ziel.“. Also da weiß ich nicht, was das heißen soll! Die Spitze ist dann schließlich „Die sonderpädagogische Förderung von Schülern mit Lernbehinderung kann in Schulteilen von Regelschulen erfolgen.“. Was heißt kann? Muss! Was heißt denn kann? Wenn sie da nicht erfolgt, dann führen Sie wieder die Förderschule ein. Überhaupt, in dem ganzen Schulgesetz ist das gegliederte Schulwesen wie gehabt schön heruntergebetet und aufgezählt. Ich hatte gedacht, ich komme hier zu einer Partei, die zumindest eine sozialistische Tradition hat und die endlich einmal wieder von einer gemeinsamen Schule träumt. Wenn nicht einmal die LINKE dieses Ziel hat, wenn nicht einmal die LINKE in einem Gesetzentwurf auf eine gemeinsame Schule hinget, wer dann? Dann können wir es auf das nächste Jahrtausend verschieben. Die Konservativen werden die gemeinsame Schule nicht einführen. Und dieser Schulentwurf, damit sind Sie absolut koalitionsfähig für die CDU. Absolut! Ich weiß ja nicht, ob Sie solch eine Koalition anstreben. Ich wünsche Ihnen also wirklich mehr ideologisches Feuer und mehr innovative Energie.

Swantje Köbsell

Behindertenpädagogin an der Universität Bremen

Integration wohin - Anmerkungen zur Debatte aus Sicht der Behindertenbewegung

„... Integration geht ja gar nicht. Integration ist ja nur Zwangsanpassung an die Normalität und bedeutet für uns Persönlichkeitszerstörung.“

(Franz Christoph †, 1981)¹

Zunächst möchte ich einleitend einige biographische Anmerkungen machen: Da ich meine Beeinträchtigung erst nach abgeschlossener Schulausbildung erworben habe, habe ich als Schülerin keine Erfahrungen mit dem Sonderschulwesen gemacht. Kaum aus der Rehaklinik entlassen, wurde ich Teil des aufregenden „Aufbruchs der Behinderten“, der damals gerade im Entstehen begriffenen Behindertenbewegung in Westdeutschland. An der historischen „Urlaubsdemo“ im Mai 1980, meiner Meinung nach die Geburtsstunde der Bewegung, nahm ich zwar noch nicht teil, wohl aber an den Störaktionen bei der Eröffnungsfeier zum UN-Jahr der Behinderten 1981 in der Dortmunder Westfalenhalle. Zu diesem Zeitpunkt hatte ich bereits angefangen, in Bremen Behindertenpädagogik auf Lehramt zu studieren. Politisch korrekt war das allerdings nicht, so dass ich mich immer wieder dafür rechtfertigen musste, dass ich eine „Unterdrückungswissenschaft“ studierte. „Mildernde Umstände“ gab es dafür, dass der Bremer Studiengang als fortschrittlich galt, dort damals schon ein soziales Modell von Behinderung vertreten wurde. Dieses Studium ermöglichte mir auf jeden Fall eigene Erfahrungen mit der Sonderschule und der schulischen Integration, denn zwei Schulpraktika waren Pflicht. Ich absolvierte eines an der Sonderschule für Lernbehinderte, das andere an einer Sonderschule für geistig Behinderte. Beide sind mir - aus unterschiedlichen Gründen - nachhaltig in Erinnerung geblieben. Nach Beendigung des Studiums hatte ich dann das große Glück, mein Referendariat im Schulversuch Integration nach dem Ansatz von Georg Feuerer durchführen zu können - eine Erfahrung, die ich um nichts hätte missen wollen. Zunächst jedoch zum Verhältnis der Behindertenbewegung zur Integration.

Behindertenbewegung und Integration

Das „Leitmotiv“ der deutschen Behindertenbewegung war seit ihrem Entstehen Anfang der 1980er die Forderung nach Nichtaussonderung. Entsprechend setzten sich ihre Mitglieder aktiv für den Abbau aussondernder Bedingungen und Institutionen ein, wobei sie ja im Hinblick auf die rechtliche Gleichstellung sehr erfolgreich waren. Im Hinblick auf den Abbau schulischer Aussonderung sind keine entsprechenden Erfolge zu vermelden. Ich werde zunächst die „Bewegungsliteratur“ im Hinblick auf Integration betrachten und mich dann der Frage zuwenden, wie behindertenbewegte Menschen ihre eigenen Erfahrungen/Nichterfahrungen mit behinderten Peers bewerten, wozu ich letztes Jahr eine kleine Befragung durchgeführt habe.

1994 wurde in einem „randschau“-Artikel darauf hingewiesen, dass schulische Integration - im Gegensatz zu z. B. Fragen der Barrierefreiheit - in der Behindertenbewegung nur ein Randthema sei (Theben/Eisermann 1994, S. 23). Und in der Tat: Sieht man sich die Ausgaben der „Krüppelzeitung“ (1979 - 1985) und ihrer Nachfolgerin, der „randschau“ (1986 - 2000), sowie sonstige „Bewegungsliteratur“ an, muss man feststellen, dass dies ein randständiges Thema war und ist. „Schule für alle“ wurde zwar immer „irgendwie“ mitdiskutiert im Rahmen der Forderungen nach Nichtaussonderung und Teilhabe, spezielle Aufmerksamkeit erfuhr das Thema jedoch kaum.

Das heißt jedoch nicht, dass „Integration“ keine Rolle gespielt hätte bzw. spielen würde. Bei Durchsicht der verfügbaren Dokumente aus der Behindertenbewegung fällt sofort auf, dass das Verhältnis zu „Integration“ von Anfang an von Misstrauen geprägt war. Ebenso fällt auf, dass der Begriff unterschiedlich verwendet wird: als Synonym für größtmögliche Teilhabe behinderter Menschen in der Gemeinschaft, die gewünscht ist - oder als Ausdruck der Anpassung behinderter Menschen an die Normen und Vorstellungen der nichtbehinderten Gesellschaft, die man kritisiert. „Integration“ als passiver Vorgang (integriert werden) erscheint oftmals als Gegenpol zur aktiven „Emanzipation“ (sich emanzipieren)².

Früh wurde beschrieben, dass Integrationsinitiativen immer von Nichtbehinderten ausgingen, ohne dass angesprochen würde, was das Leben in der Welt der „Normalen“ für Behinderte bedeute - nämlich Druck zur Anpassung. Um als „integriert“ akzeptiert zu werden, müssten Behinderte sich an den Interessen der Nichtbehinderten orientieren. Auch das viel gelobte Beispiel Italien wurde diesbezüglich kritisiert: „Immer mehr drängt sich (...) der Verdacht auf, daß man hier unter Integration Anpassung versteht.“ (Franz 1979, S. 36) Diese Einschätzung zieht sich als Roter Faden durch die Geschichte der Behindertenbewegung.

Integration hat in der Regel eine negative Konnotation, ist ohne Anführungsstriche oder ein „sogenannt“ davor nicht zu denken. Sonderschulen und Sonderpädagogik standen von Anfang an als aussondernde Institutionen bzw. die diese begründende Wissenschaft und damit Herrschaftswissenschaft (Frehe 1980, S. 44) im Kreuzfeuer der Kritik. Als Weg zur Überwindung aussondernder Strukturen wurde aber nicht „ein optimal zu strukturierender Lernprozeß, sondern ein über unzählige Auseinandersetzungen (zu) führender Politisierungsprozeß“ (ebd.) gesehen. Als Ziel dieses Prozesses wurde nicht Integration genannt, sondern u. a. „die Auflösung der Anstalten und Schaffung von Alternativen für alle ...“ (ebd. S. 49.), ohne dass benannt worden wäre, wie diese Alternativen aussehen sollten. Mit dem Begriff Inte-

gration mitgedacht wurde immer das gesellschaftliche Machtgefälle, das Wissen darum, dass nicht die behinderten Menschen selbst über ihre Integration entscheiden, sondern die nichtbehinderte gesellschaftliche Mehrheit, was nach sich zieht, dass manche als integrierbar gelten und andere nicht.

Entsprechend wurde auch immer kritisch hinterfragt, ob Integration überhaupt ein anstrebenwertes Ziel sein kann. So fragte sich „eine Genossin aus Frankfurt“ 1981 in der Krüppelzeitung (nachdem sie sich als „als 'integriert' anerkannt“ (S. 26) beschrieben hatte): „Was bedeutet uns ‚Integration‘? Nimmt sie uns nicht unsere Behindertensolidarität für die Anerkennung fast ‚NORMal‘ (sic!) zu sein? Bewirkt sie nicht auch unser Konkurrenzverhalten?“ (ebd.) Und sie stellte fest, dass sie durch ihr „integriert“-Sein nicht nur Vorteile hatte: „Ich bin sauer auf mein Integriertsein, weil ich dadurch NORMEN übernommen habe, die jetzt Steine im Weg (...) sind. Ich frage mich, was ich denn durch meine Integration gewonnen habe ...“ (ebd. S. 28). „Integriertsein“ bedeutete angepasst, unauffällig zu sein und galt nicht als erstrebenswert, wie Franz Christoph 1983 sehr pointiert in seinen „Krüppelschlägen“ beschreibt: „Integration? Als Unterdrückte erschleichen wir uns einen Platz unter den Unterdrückern.“ (S. 124) Integration konnte also nicht das Ziel eines behindertenbewegten Menschen sein. Vor allem von Seiten der Krüppelgruppen kam vermehrt die Forderung nach „Konfrontation statt Integration“ (Frehe 1984, S. 105) Dabei sollte auch der nichtbehinderten Mehrheit der Spiegel vorgehalten werden: „Das Ziel im politischen Auftreten ist nicht die Forderung nach Integration, stattdessen wird die nichtbehinderte Öffentlichkeit mit ihren eigenen Unzulänglichkeiten konfrontiert.“ (Udo 1981, S. 153)

So gewann zunehmend das Ziel der Emanzipation an Bedeutung, wobei die Frage der (Nicht-) Zusammenarbeit mit Nichtbehinderten mitdiskutiert wurde. Dabei lassen sich drei Positionen unterscheiden und es wird deutlich, weshalb eine Zusammenarbeit der verschiedenen Gruppierungen oftmals schwierig bis unmöglich war. Die Position der Cebeefs (Clubs Behinderter und ihrer Freunde) war, dass „Integration durch (ein) gemeinsames Clubleben“ (Horst 1981, S. 42) erreicht werden sollte, was nur gemeinsam mit Nichtbehinderten möglich sei. Ihr Credo lautete zusammengefasst „Emanzipation durch Integration“ (ebd.). Eine andere Position wurde aus den Volkshochschulkursen „Bewältigung der Umwelt“ vertreten. Man sah Integration kritisch als „aussondernde Rehabilitationspolitik“ (ebd.), war aber der Meinung, dass nur gemeinsam mit Nichtbehinderten erfolgreich gegen diejenigen gekämpft werden könne, die Integration als Anpassung forderten. „Zusammengefasst: Emanzipation vor Integration - Gemeinsame politische Aktionen Behinderter und Nichtbehinderter gegen Aussonderung.“ (ebd. S. 43) Die „Krüppelposition“ schließlich setzte auf Selbstvertretung, selbstredend ohne Zusammenarbeit mit Nichtbehinderten, „zusammengefasst: Konfrontation statt Integration - Selbstorganisation der Krüppel - eigenständige politische Aktionen.“ (ebd. S. 44)

Im Zuge der Entwicklung der Behindertenbewegung zur Selbstbestimmt-Leben-Bewegung lässt sich feststellen, dass „Integration“ als in der politischen Diskussion verwen-

deter Begriff weitgehend verschwindet. Mit dem zunehmenden Selbstverständnis als Bürgerrechtsbewegung³ und der damit einhergehenden Einmischung in Gesetzgebungsprozesse⁴ traten neben die von Anfang an wichtigen Begriffe Nichtaussonderung, Selbstbestimmung und Selbstvertretung die der gesellschaftlichen Teilhabe und rechtlichen Gleichstellung.

Integration kommt inzwischen hauptsächlich im Zusammenhang mit Arbeit in die Diskussion, wenn es z. B. um „integrierte Arbeitsplätze“ (omp 2006, S. 23) geht. Der Kampf gegen Aussonderung und aussondernde Bedingungen geht weiter, z. B. mit der Kampagne zur De-Institutionalisierung „Marsch aus den Institutionen - reißt die Mauern nieder“⁵, die seit 2003 läuft. Gekämpft wurde und wird für Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, zugängliche öffentliche Verkehrsmittel, Assistenz für die im Alltag benötigten Hilfen bzw. den Ausbau ambulanter Strukturen - Bedingungen für Teilhabe und ein Leben in der Gemeinde. Entsprechende Gesetzesvorhaben wurden gefordert, auf den Weg gebracht und mitgestaltet, jedoch nie mit dem Fokus auf „Integration“.

Vielleicht ist es gerade hier hilfreich, das durch tiefes Misstrauen belastete „Integration“ (andere integrieren uns in etwas hinein) durch „Inklusion“ im Sinne von Nichtaussonderung von Anfang an zu ersetzen. Dies ermöglicht eher, die Chancen als die Risiken für behinderte Kinder und Jugendliche zu sehen und uns aktiv an der Diskussion zu beteiligen.

Wie bereits geschildert, war die gemeinsame Erziehung und Beschulung behinderter Kinder im Bewegungskontext ein Thema, dem wenig Beachtung geschenkt wurde. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass es auch nie eine bewegungsinterne Diskussion darüber gegeben hat, wie eine gemeinsame Unterrichtung/ Erziehung behinderter und nicht-behinderter Kinder und Jugendlicher aus der Sicht der emanzipatorischen Behindertenbewegung ausgestaltet werden sollte. Eine interessante Frage wäre die danach, was behinderte Kinder stark und selbstbewusst macht. Eine Erziehung zur „Quasi-Normalität“, zur Anpassung, wie sie von nichtbehinderten Professionellen oftmals zu erwarten ist, sicherlich nicht. Wie muss Unterricht sein, müssen Lehrer/innen sein, die einen solchen Prozess unterstützen, anstatt in Normalität zu „integrieren“? Und obwohl sich die Bewegung das „Peer-Counseling“, also die Beratung durch Gleichbetroffene, als oberstes Prinzip auf die Fahnen geschrieben hat (Vieweg 2003), wurde nie die Frage danach gestellt, was es für behinderte Kinder in gemeinsamer Beschulung bedeutet, u. U. als einziges Kind mit einer Beeinträchtigung in der Klasse/Schule zu sein - ohne jeglichen „Peer“. Wenn das Vorhandensein von Peers so wichtig ist wie sonst postuliert, müsste überlegt werden, wie hier Abhilfe geschaffen werden kann. Wie erleben behinderte Kinder selbst die Erziehung/ Beschulung zusammen mit nichtbehinderten Gleichaltrigen, die immer in der Mehrheit sind? Welchen Einfluss kann die Behindertenbewegung nehmen, um auch hier „Gleiche Chancen, wie sie Nichtbehinderte haben“ (ebd.) zu ermöglichen?

Wie aber muss Integration /Inklusion ausgestaltet und organisiert werden, damit sie eben nicht nur Anpassung an die Normalität der Nichtbehinderten bedeutet, sondern den Bedürfnissen behinderter Kinder gerecht wird? Wie lernen

sie sich in ihrem „Anders-Sein“ wertschätzen? Wer vermittelt ihnen, dass sie Rechte haben? (Linton 2006, S. 160ff).

Behinderung muss in der Schule thematisiert werden, die Kinder „meiner“ Klasse forderten dies auch vehement ein. Wie kann das auf den jeweiligen Altersstufen adäquat geschehen? In diesem Zusammenhang ist es m. E. ungewöhnlich wichtig, dass die beteiligten Lehrkräfte ihr eigenes Behindertenbild hinterfragen und reflektieren, um hier mit den Schüler/innen eine fruchtbare Auseinandersetzung führen zu können. Wo bekommen diese Rollenvorbilder, bekommen eine Idee davon, wie es ist, mit einer Behinderung erwachsen zu werden/sein, welche Möglichkeiten sie dann im Leben haben? Wie wichtig sind behinderte Lehrer/innen als Vorbilder? Während meines Referendariats nutzen mich sowohl die behinderten wie nichtbehinderten Kinder als Informationsquelle, um „aus erster Hand“ zu erfahren, wie erwachsene Menschen mit Beeinträchtigungen leben: immer wieder musste ich erzählen, wie ich wohne, was ich alleine kann und wie ich mit Dingen verfare, die ich selber nicht kann; immer wieder zeigen, wie mein Auto funktioniert etc. In diesem Bereich gibt es - nicht nur für die Behindertenbewegung - noch viele spannende Fragestellungen.

Die Befragung

Zu einigen der gestellten Fragen führte ich 2006 eine kleine Email-Umfrage unter mir bekannten behinderten Menschen aus der Bewegung durch ⁶, dabei bekam ich 30 ausgefüllte Fragebögen zurück. Bevor ich die Ergebnisse der Befragung vorstelle, muss ich klarstellen, dass es sich dabei aus verschiedenen Gründen nicht um eine repräsentative Befragung handelt. Aus den Ergebnissen lassen sich aber meiner Meinung nach Tendenzen bzw. Problemlagen ableiten, die hilfreich für die weitere Diskussion sein können.

Neben Angaben zur Person (Geschlecht, Geburtsjahr, welche Art der Beeinträchtigung) wurde nach dem Verlauf der „Schulkarriere“ gefragt und den Erfahrungen, die dort z. B. mit Lehrer/innen sowie behinderten und nichtbehinderten Mitschüler/innen gemacht wurden. Abschließend sollten sich die Befragten dazu äußern, ob sie das Vorhandensein von Peers in der Schule für wichtig erachten und wie im Falle der Bejahung ein solcher Peerkontakt organisiert werden könnte. Die wichtigsten Ergebnisse der Befragung (wie gesagt: nicht repräsentativ!) sollen nun vorgestellt werden.

Von den 30 Bögen, die zurückkamen, wurden 20 von Frauen und 10 von Männern ausgefüllt (es wird im weiteren Verlauf nicht nach Geschlecht differenziert werden), deren Geburtsjahre sich auf die Jahre von 1943 bis 1985 verteilen, d. h. zum Zeitpunkt der Befragung waren die Teilnehmer/innen zwischen 63 und 21 Jahren alt. 70 % beendeten ihre Schullaufbahn mit dem Abitur, 17 % mit dem Realschulabschluss, 2 mit dem Hauptschulabschluss und zwei weitere machten keine Angabe. 80 % der Befragten sind körperlich beeinträchtigt (davon drei mit einer Beeinträchtigung des Sprechens). 2 Befragte gaben eine Hörbeeinträchtigung an und 4 weitere (13 %) eine Sehbeeinträchtigung.

Betrachtet man alle Antworten zusammen, so zeigt sich für die Grundschule folgendes Bild: 1 Person besuchte aus-

schließlich die Sonderschule, 60 % (18) die Regelschule. 1 Person besuchte gar keine Schule, sondern erhielt Privatunterricht, eine weitere nahm an einem integrativen Schulversuch teil. 9 Befragte besuchten mehrere Schulformen. Nach der Grundschule besuchte niemand mehr ausschließlich die Sonderschule: 63 % (19) besuchten die Regelschule, 2 ein Internat und 8 mehrere Schulformen. Mehr als der Hälfte (57 %) der Regelschulen wurde dabei attestiert, nicht auf die Bedürfnisse der behinderten Schüler/innen eingerichtet gewesen zu sein, wobei die benannten Mängel vorwiegend in der fehlenden Barrierefreiheit lagen. Beeinträchtigungsspezifische Internate und die Sonderschulen entsprachen mehrheitlich den Bedürfnissen. Unabhängig von der Schulform gaben 30 % an, nicht die benötigten Hilfen erhalten zu haben.

Auf die Frage, ob sie sich von ihren Lehrer/innen ernst genommen und in ihrer Selbstbestimmung unterstützt gefühlt hatten, antworteten 80 % mit „Ja“, 10 % gaben „beides“ an, was z. B. so beschrieben wurde: „Ich würde sagen, der Grad an Diskriminieren ist unter Lehrern mindestens genauso hoch wie in der gesamten Gesellschaft. Ein, zwei Diskriminierer gabs an jeder Schule.“⁷ Oder: „Ich habe ja und nein angekreuzt, weil das von Lehrer zu Lehrer sehr unterschiedlich war.“ 3 Personen (10 %) beantworteten diese Frage mit „Nein“.

Knapp die Hälfte (47 %) hatte behinderte Mitschüler/innen, was von 27 % als positiv, von 7 % als negativ gewertet wurde; 23 % maßen dem keine Bedeutung bei. In den Kommentaren wurde jedoch verschiedentlich auf die wichtige Funktion, die behinderte Mitschüler/innen haben können, hingewiesen:

- „Der Austausch mit anderen Behinderten hat mich selbstbewusster gemacht.“
- „Insgesamt war Kontakt positiv, wenn auch zeitweise äußerst konkurrenzbelastet. War aber hilfreich, sich mit anderen über Lehrerverhalten, Mängel bei Unterrichtsmaterialien oder Ungleichbehandlungen beim Schreiben von Klausuren auszutauschen und zu unterstützen.“
- „Ich habe gelernt, dass es normal ist, anders zu sein. Ich war nicht mehr die „Schwächste“ und habe meine Stärken gegenüber anderen Schülern mit Beeinträchtigungen einfacher wahrnehmen können.“
- „Man war einfach nicht allein; man wusste: Es gibt noch andere, denen geht es ähnlich.“
- „Verständigung, ohne viele Worte. Weniger STRESS.“

Von den nichtbehinderten Mitschüler/innen akzeptiert fühlten sich 70 %, 17 % gaben gemischte Erfahrungen an und eine Person antwortete mit „Nein“. Die gemachten Erfahrungen reichen dabei von „Ich war mehr als akzeptiert, ich war ein wichtiger Teil der Schulgemeinschaft“ bis „(ich) wurde von niemandem „gemobbt“, trotzdem war immer das Gefühl da, nicht richtig dazu zu gehören.“ In mehreren Fragebögen wird erwähnt, dass das Verhältnis zu den Mitschüler/innen in höheren Klassen besser wurde, weil z. B. „kleine“ Kinder ziemlich brutal sein können“.

Zuletzt wurde danach gefragt, ob es für behinderte Kinder wichtig ist, in der Schule mit „Peers“ zusammen zu sein. 50 % beantworteten diese Frage positiv, etliche machten darauf aufmerksam, dass dies aber nicht als Rechtfertigung für den Erhalt der Sonderschulen zu verstehen sei.

23 % antworteten mit „Nein“, 3 Befragte fanden es sowohl wichtig als auch unwichtig und 4 (13 %) fanden es schwer, sich eine Meinung dazu zu bilden: „Ich denke, man kann das nicht pauschal sagen. Mir hat in meiner Schulzeit der Kontakt zu anderen behinderten Kindern nicht gefehlt. Ich hatte jedoch die Möglichkeit, einen solchen einzugehen. Für andere Kinder wäre es vielleicht sehr wichtig, behinderte Mitschüler zu haben.“ Einige Befragte fanden Peer-Kontakt grundsätzlich wichtig, aber nicht notwendiger Weise in der Schule: „einen Peer in der eigenen Schule oder gar Klasse zu haben, ist nicht so wichtig, wie überhaupt Peers zu haben. Das kann aber auch außerhalb der Schule passieren. Behinderte werden auch in anderen Bereichen - z. B. im Beruf - im unmittelbaren Umfeld ohne Peer auskommen müssen. Das ist die „Normalität“ für uns. Peers müssen daher oft „daneben“ organisiert werden.“

Die Wichtigkeit von Peers im Schulalltag unterstreichen die folgenden Kommentare:

- „Natürlich! Es ist unendlich wichtig, die Erfahrung zu machen, dass man selber kein Alien ist und es auch andere Menschen gibt, die genau wissen, was du selber am eigenen Leib erfährst und mit denen du über solche Probleme sprechen kannst! Nur so eröffnet sich letztlich auch die Möglichkeit einer Selbstannahme, dass man nicht einen unendlichen Kampf gegen die Schädigung führen muss.“
- „Als Jugendliche hat es mir geholfen, aber auch der Umstand, dass ich der Fürsorge meiner Eltern zeitweise entronnen bin.“
- „Ich glaube, Austausch ist zwischendurch für die Stärkung wichtig. Sagen auch andere, die einzeln in Regelschulen waren.“
- „Es ist einfacher zu lernen, dass es normal ist, anders zu sein und dass jeder seine Stärken und Schwächen hat.“
- „Als Mittel gegen Isolation, zum Vergleich.“
- „Es stärkt die Solidarität.“

Diejenigen, die Peerkontakt in der Schule wichtig finden, wurden noch gebeten, Vorschläge für die praktische Umsetzung in integrativen/inkluisiven Zusammenhängen zu machen. Das Spektrum der Antworten hierauf reicht von „in den Klassen sollten immer mindestens zwei behinderte Kinder sein“ bis zu unterschiedlichsten Vorschlägen für die Organisation von Peerkontakten in der Schule:

- „Ein Austausch über die Klassenstufen hinweg mit anderen behinderten SchülerInnen in der Schule“
- „durch behinderte Lehrerinnen oder durch Freizeitaktivitäten, Gruppenangebote“
- „spezielle Angebote für behinderte Schüler“
- „eine Anlaufstelle für behinderte Schüler, wo sie mit behinderten Beratern in Kontakt treten könnten“
- „gelegentliche Treffen von integrativ beschulten Schülern zum Erfahrungsaustausch“
- „Es gibt die „Staatliche Schule für Sehgeschädigte“ in Schleswig. - Eine Schule ohne SchülerInnen. Die organisieren regelmäßig Kurse zu unterschiedlichen Themen, zu denen die SchülerInnen eingeladen werden. Scheint mir eine gute Möglichkeit zum Austausch.“
- „Freizeitclubs (...) „organisieren, allerdings wäre es, denke ich, gut, das nicht unter der Überschrift „behinderte Kinder und Jugendliche“ anzugehen, sondern umge-

kehrt, die bestehenden Freizeitangebote für behinderte Jugendliche zugänglich zu machen, und die entsprechenden Pädagogen über Behinderung aufzuklären“ - „AGs oder jahrgangsübergreifende Projekte“.

In den Anschlussstatements, die von einigen Befragten abgegeben wurden, wird noch einmal auf grundlegende Aspekte der Integration/Inklusion aufmerksam gemacht. Eine Antwort betont, dass „die Bildung eines (...) kritisch-emanzipatorischen Selbstbewusstseins (...) nur möglich (ist), wenn Kindern gleich wie Eltern regelmäßige Kontakte zu Gleich- und Ähnlichbetroffenen aller Altersstufen angeboten werden.“ Betont wird, „integrative Beschulung ist der einzig richtige Weg, denn wer von Anfang an integriert wurde und nicht ausgesondert, muss später nicht erst neu integriert werden.“ Es wird klargestellt, „Integration darf nicht mit Anpassung verwechselt werden!“ und noch einmal auf die Bedeutung von Peers hingewiesen, um zeitweilig den „Normalitätsdruck“ aufzuheben. Keine/r der Befragten hat sich gegen integrative/inklusive Beschulung ausgesprochen, so dass ein Konsens dafür angenommen werden kann.

Die Sonderschule spielt auch heute noch eine wichtige Rolle im Leben behinderter Kinder und Jugendlicher. Eine von Bettina Bretländer und Ulrike Schildmann 2001 - 2003 durchgeführte Untersuchung zur Identitätsbildung körperbehinderter Mädchen zwischen 15 und 18 Jahren stellte fest, dass das Leben von 88 % der untersuchten Gruppe „vom Aufenthalt in Sonderschulen bzw. berufsbildenden Einrichtungen für Behinderte geprägt ist.“ (Bretländer/Schildmann 2004, 274) 20 % der Befragten lebten in Internaten und nur jede 7. hatte einen Schulplatz in gemeinsamer Beschulung. Die Studie weist nach, dass die sonderbeschulten Mädchen im Hinblick auf die Schulabschlüsse und damit im Hinblick auf ihren beruflichen Werdegang deutlich im Nachteil denen gegenüber sind, die die Regelschule besuchen.

Dieses kleine Schlaglicht macht deutlich: es gibt Handlungsbedarf - nicht nur für die Behindertenbewegung. Zwar gibt es nun nach dem PISA-Schock eine Diskussion um „Integration“, damit ist jedoch i. d. R. ausschließlich die Integration von Kindern und Jugendlichen mit sog. Migrationshintergrund gemeint, über behinderte Kinder und Jugendliche spricht hier niemand. Ein Artikel im Bremer Weserkurier vom 2. Juni dieses Jahres verdeutlicht das. Hier wird berichtet, dass sich die Bremer Elternvertreter für eine „Schule für alle“ entschieden haben, „integrativ“ sollen die Schulen werden, in denen dann Kinder „jeglicher sozialer Herkunft“ gemeinsam beschult werden sollen - das Wort „behindert“ oder „Behinderung“ fällt in dem recht ausführlichen Artikel kein einziges Mal - wie heute in der Bildungsdiskussion üblich, werden behinderte Kinder und Jugendliche einfach vergessen.

Dies ist ein unhaltbarer Zustand, der dringend geändert werden muss. Als Konsequenz aus dem Beschriebenen lassen sich folgende Forderungen formulieren:

1. Abschaffung des viergliedrigen Schulsystems. Alle Kinder werden bis zum Erreichen der Ausbildungsreife gemeinsam (Klassenverband) in zentralen Fächern unterrichtet. Auf unterschiedliche Begabungen und Förderbedarfe wird grundsätzlich durch entsprechende Angebote im gemeinsamen

Unterricht reagiert (Binnendifferenzierung).

2. Recht auf wohnortnahe Beschulung für alle Kinder und Jugendlichen.

3. Alle Schulen sind personell, sachlich und baulich so ausgestattet, dass sie den neuen Erwartungen auch entsprechen können.

4. In der Lehrer/innenausbildung wird „eine Pädagogik für alle“ gelehrt. Dazu gehört auch, dass alle LehramtsstudentInnen sich mit dem Thema Behinderung auseinandersetzen müssen.

5. Behinderte Kinder und Jugendliche werden ermuntert und gefördert, ihre Beeinträchtigung als wichtigen Teil ihrer Persönlichkeit zu sehen und zu akzeptieren, anstatt sie zu verdrängen oder zu kompensieren. Schule organisiert hierfür u. a. Peer-Kontakte im Rahmen des Lehrplanes und Kontakte/ Beziehungen zu positiven Rollenvorbildern.

6. Inklusion muss in allen Lebensbereichen stattfinden, insbesondere in den Bereichen Arbeit und Wohnen. Dann ist es für nichtbehinderte Erwerbstätige normal, behinderte KollegInnen zu haben - und umgekehrt. Und in jeder Nachbarschaft leben Menschen mit und ohne Beeinträchtigung. Behinderung würde so auf unterschiedlichen Ebenen ein ganz normaler Bestandteil des alltäglichen Lebens aller Menschen.

Literatur:

Bretländer, Bettina; Schildmann, Ulrike (2004): Geschlecht und Behinderung: Prozesse der Herstellung von Identität unter widersprüchlichen Lebensbedingungen, in: VHN, 73. Jg., S. 271-281

Christian (1979): Rehabilitation – Integration – Partnerschaft, in: Krüppelzeitung 1/1979, S. 6 - 8

Christoph, Franz (1983): Krüppelschläge. Gegen die Gewalt der Menschlichkeit, Rowohlt: Reinbek bei Hamburg

Christoph, Franz (1984): Unterdrückung durch Normalität In: Gerber, Ernst P.; Piaggio, Lorenzo (Hrsg., 1984): Behinderten-Emanzipation. Körperbehinderte in der Offensive, Z-Verlag: Basel, S. 69 - 77 (Nachdruck des „Behindertenstandpunkt“ von 1980)

Eine Genossin aus Frankfurt (1979): Krüppel-Coming-Out, oder wie ich es nennen soll, in: Krüppelzeitung 1/1981, S. 26 - 28

Exner, Karsten (1997): Deformierte Identität behinderter Männer und deren emanzipatorische Überwindung, in: Warzecha, Birgit: Geschlechterdifferenz in der Sonderpädagogik: Forschung - Praxis - Perspektiven. Hamburg: Lit Verlag, S. 67-87, <http://bidok.uibk.ac.at/library/exner-deformiert.html>, 14.03.06

Franz (1979): Italienische Psychiatrie: Aus der Sicht der Behinderten, in: Krüppelzeitung 1/1979; S. 34 - 36

Frehe, Horst (1980): Beraten und Benutzen, in: Psychologie & Gesellschaftskritik, Jg.4, Heft 3, S. 43 - 49

Frehe, Horst (1982): Die Helferrolle als Herrschaftsinteresse nichtbehinderter „Behinderten-(Be) Arbeiter“, in: Wunder, Michael; Sierck, Udo (Hrsg.): Sie nennen es Fürsorge. Behinderte zwischen Vernichtung und Widerstand, Verlags-

gesellschaft Gesundheit: Berlin, S. 157 - 163

Frehe, Horst (1984): Konfrontation oder Integration, in: Gerber, Ernst P.; Piaggio, Lorenzo (Hrsg.): Behinderten-Emanzipation. Körperbehinderte in der Offensive, Z-Verlag: Basel, S. 104 - 129

Horst (1981a): Emanzipation vor Integration?, in: Krüppelzeitung 1/1981, S. 42 - 44

Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V. (1991): Gründungsresolution der ISL e.V. www.isl-ev.de/2005/06/22/grundungsresolution-der-isl-ev/, 16.03.2006

Mitglieder der Krüppelgruppe Bremen (1980): Krüppelunterdrückung und Krüppelgegenwehr, in: Psychologie & Gesellschaftskritik, Jg.4, Heft 3, S. 4 - 8

N.N. (1986): Integration muss in der Schule weitergehen!, in: die randschau 1 (1), S. 36

Omp (2006): Und wieder eine neue Werkstatt. Kabinettnachrichten vom 06.02.2006, in: Forsea Inforum 1/2006, S. 23

Sierck, Udo (1986a): Eine Idee, die nicht mehr zurückschraubbar ist, in: die randschau 1 (1), S. 34 - 35

Sierck, Udo (1986b): Nur ein Anfang, in: die randschau 1 (1), S. 26

Sierck, Udo (1989): Das Risiko, nichtbehinderte Eltern zu bekommen. Kritik aus der Sicht eines Behinderten, AG SPAK: München

Theben, Bettina; Eisermann, Martin (1994): „Nichts kann uns aufhalten. Alles ist möglich“, in: die randschau 3(9), S. 22 - 23

Udo: Antwort zur Stellungnahme, in: Krüppelzeitung 1/1981, S. 36 - 41

Vieweg, Barbara (2003): Selbstbestimmt Leben und gesellschaftliche Teilhabe, in: impulse Nr. 25, März 2003, S. 5 - 10 <http://bidok.uibk.ac.at/library/imp25-03-vieweg-teilhabe.html>, 16.03.2006

Anmerkungen:

¹ Im Konkret-Interview „Ein Krüppel greift zum Knüppel“, konkret 8/81, 21-25

² Z.B. Exner 1997

³ vgl. Gründungsresolution der ISL e.V. (Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben Deutschland, der Dachverband der mehr als 20 Zentren für Selbstbestimmtes Leben in Deutschland)

⁴ 1994 Grundgesetzänderung, 2001 SGB IX, 2002 Behindertengleichstellungsgesetz, momentan Antidiskriminierungsgesetz

⁵ http://www.forsea.de/projekte/2004_marsch/marsch_start.shtml, 20.03.06

⁶ Ich danke Wilhelm Winkelmeier für seine Unterstützung bei der Erstellung des Fragebogens

⁷ Dieser und alle weiteren „O-Töne“ stammen aus den beantworteten Fragebögen, die der Autorin vorliegen.

Diskussionsrunde

Mein Name ist **S. Palmowski**. Ich bilde an der Universität Erfurt Sonderschullehrer aus und ich habe zu Ihrem Vortrag eine Anmerkung und eine Frage. Die Anmerkung bezieht sich auf die Zieldifferenz im Unterricht. Man muss sich klarmachen, dass ein Lehrer, der 15 oder mehr Kinder in seiner Klasse hat, die alle mit eigenen Zielen, mit eigenen Methoden und eigenen Zeitplänen arbeiten, eine ungeheure Unterrichtsvorbereitungsarbeit zu bewältigen hat, wenn die Verantwortung für den Unterrichtsprozess in jedem Falle bei dem Lehrer bleibt. Der differenziert sich kaputt und er wird nach ganz kurzer Zeit anfangen das zu tun, was wir im ganz normalen Unterricht erleben, nämlich die Schüler in Gruppen zusammen zu fassen und ihnen gemeinsame Arbeitsblätter auf den Tisch zu legen, weil sie in etwa wenigstens ein bisschen homogen sind. Die Konsequenz muss man sich klarmachen, denn sie kann ja nur darin bestehen, dass der Lehrer nicht nur den Unterricht organisiert, sondern die Organisation der Selbstorganisation der Schüler als Aufgabe übernehmen muss. Das heißt, in einer solchen Schule wäre der Unterricht auch viel stärker von Schülern selbstorganisiert zu betreiben und das brächte auch eine ganz neue oder andere Aufgabe für den Beruf des Lehrers mit sich. Das war meine Anmerkung und die Frage bezieht sich auf die Möglichkeit der Eltern, den Schulort für ihre Kinder selber wählen zu dürfen. Ich finde das eine sehr gute Entscheidung, dass Eltern dieses Recht haben, aber wenn ich es richtig verstanden habe, sind Sie damit nicht einverstanden und da wüsste ich gerne Ihre Begründung.

Prof. Wocken

Zunächst zu der Anmerkung „Integration bedeutet eine ungemaine Vorbereitungsarbeit des Lehrers“. Das sehe ich keineswegs so. Wenn man global die Antwort einer pädagogischen Praxis für integrative Klassen angibt, dann nehme ich einmal das Stichwort „offener Unterricht“. In einem offenen Unterricht gibt es zwei Stunden freie Arbeit, nach Montessori. Da differenzieren die Kinder sich selbst. Da gibt es eine vorbereitete Lernumgebung, die muss erstmal einmal vorbereitet werden von dem Lehrer, aber dann wählen sich die Kinder ihre Aufgaben selbst. Der eine wählt Mathe, der andere nimmt Deutsch, der nächste macht Kunst. Da ist also keine Vorbereitungsarbeit des Lehrers weiterhin zu leisten. In Ihrer Anmerkung kam auch schon der Begriff Selbstorganisation der Schüler. Mit der Selbstorganisation der Schüler in einem wahldifferenzierten Unterricht ist das Problem einer übermäßigen Vorbereitungsbelastung der Lehrer ein gutes Stückchen aufgehoben. Ferner wird der Klassenlehrer, der Grundschullehrer, unterstützt durch den Sonderpädagogen, der insbesondere individuelle Förderpläne anfertigt für die behinderten Kinder. Also ich kann aus der Hamburger Zeit von den Lehrern nicht berichten, dass die sich überfordert fühlen durch Vorbereitungsarbeit, sondern es kam eine ganze Menge an Nebenarbeiten dazu. Insbesondere Kooperation wurde von den Pädagogen vielfach als Belastung empfunden. Man sitzt nicht mehr in seinem eigenen Studierzimmer und bereitet seinen Unterricht vor, sondern muss gemeinsame Stunden, gemeinsame Tage mit einem anderen Kollegen sich zusammensetzen. Also Integration ist in dem Sinne von kooperativer Arbeit ein Stückchen Mehrarbeit. Aber ansonsten ist die Berufszufriedenheit trotz einer gewissen Mehrbelastung in integrativen Klassen, bei den Hamburger Pädagogen, erheblich höher. Zu der Anfrage nach dem Elternwahlrecht. Das hört sich wahnsinnig liberal an. Die Eltern können selbst wählen, da ist dann Friede, Freude, Eierkuchen. Jemanden etwas freistellen, hat ja zunächst mal den Charme einer liberalen Toleranz. Ich würde das Elternwahlrecht gerne einführen in der Anfangszeit der Integration. Durch das Elternwahlrecht dann gleichsam sichergestellt wird, dass die Freiwilligen und die Begeisterten zuerst in die Schulen gehen. Das haben wir bei den Lehrern auch so gemacht. Da musste nicht jeder Lehrer gleich eine integrative Klasse übernehmen, sondern wir haben in der Schule gefragt, wer wollte das. Als Übergangsphase ist das ein wichtiges Reformmoment, weil dann kein Sand im Getriebe ist und nicht die Eltern oder Lehrer zu Integration gezwungen werden. Längerfristig kann ich den Eltern im gemeinsamen Unterricht, wie den Eltern überhaupt, kein Wahlrecht zustellen. Es kann nicht jeder Verein, jede gesellschaftliche Kleingruppe sich eine eigene Schule wünschen. Wie Schule aussieht, wird in einer demokratischen Gesellschaft von der Politik, von dem Parlament bestimmt. Das Parlament verfügt, dass es eine einzige Grundschule gibt und da gibt es nichts zu wählen. Da müssen alle hin. Die Muslimen bekommen keine eigene Schule und die jüdischen Kinder keine eigene Schule und die haben auch kein Elternwahlrecht. Es gibt eine demokratisch legitimierte Schule, der man sich zu fügen hat.

S. Palmowski

Ich würde noch einmal nachfragen, weil ich glaube, dass ich missverstanden wurde. Es geht mir nicht um die Schulform. Es geht mir um die Möglichkeit der Eltern zu sagen „Ich schule meine Kinder in Hochstedt ein oder in Mönchenholzhausen und ich schaue mir vorher diese Schulen an und dann entscheide ich, meine Kinder dort einzuschulen, wo ich als Eltern glaube, die beste Pädagogik und der beste Unterricht gemacht wird.“ Das hat doch den Vorteil, dass die Schulen ein bisschen in Konkurrenz zueinander treten und gute Gründe haben, so was wie ein individuelles Schulprofil zu entwickeln. Ich glaube nicht, dass eine Behörde das Recht haben darf, Eltern vorzuschreiben, in welche Schule sie ihr Kind zu schicken haben. Da würde ich das Recht bei den Eltern ansiedeln und nicht bei einem Schulamt. Es ging mir nicht um die Schulform!

Maik Nothnagel

Gut, dass Sie das sagen. Ich hätte da jetzt auch aus unserer politischen Sicht noch etwas dazu gesagt, wie war das mit dem Wahlrecht. Im Moment ist es doch wirklich so, in dem jetzigen viergliedrigen Schulsystem, du bist behindert, du bist anders und du gehst ab in die Sonderschule. Die Eltern haben dann wirklich einen riesigen Kampf, jeder einzeln für sich, ob sie ihr Kind dann in die normale Schule hineinbekommen. Wir meinen mit dem Wahlrecht, die Eltern haben von vornherein die

Wahlmöglichkeit zu sagen „Mein Kind geht in die normale Schule“ und da gibt es keine sonderpädagogischen Gutachten oder sonst wen, der festlegt, das Kind geht trotzdem in die Sonderschule. Deshalb haben wir dieses Wahlrecht auch so mit hinein-genommen und ich denke, es ist eine wichtige politische Forderung, weil das jetzige Schulsystem nun mal so ist wie es ist und es uns nun mal leider ausgrenzt.

Prof. Wocken

Als Übergangslösung kann ich das akzeptieren. Das ist wahrscheinlich der nächste Schritt und man muss die Gesellschaft da abholen, wo sie steht. Das ist ein alter pädagogischer Grundsatz. Man muss die Kinder da abholen, wo sie stehen und die Gesellschaft muss man auch da abholen. Es ist ein Schritt zu einer allgemeinverfassten integrierenden Schule. Ein erster Schritt, aber auf die Dauer befürchte ich, dass durch den Elternwanderzirkus sich Schulen herausbilden werden ohne Behinderte und Schulen mit Behinderten. Dann beginnt ein richtiger Konkurrenzkampf, den dann die integrierende Schule verlieren wird, genauso wie die Gesamtschule gegen das Gymnasium verloren hat.

unbekannt

Professor Wocken, das Ganze, was Sie gesagt haben, von pädagogischer Seite gibt es wenig dagegen einzuwenden, aber mir fehlt der ganze politische Rahmen. Das klingt so ideal und so herrlich, dass ich glaube, dass es eher etwas Wunder-schönes am fernen Horizont ist. In Deutschland, unter den Bedingungen des Föderalismus, unter den Bedingungen, dass nach aller fünf Jahre neue politische Konstellationen neue Schulpolitik betreiben, ist das ein ungemein schwieriges Ding und da kann ich mir das als Gesamtkonzept nur sehr schwer vorstellen. Bei bestimmten Teilen ihres Konzepts gehe ich voll mit. Aber beispielsweise das Elternwahlrecht würde ich nie in Frage stellen wollen, denn Eltern gehen von den aktuellen politischen, schulpolitischen Erfahrungen aus. Wie sieht es jetzt aus und das spricht sich herum. Die schauen sich das ganz genau an und wollen dann wissen wo geht mein Kind hin. Die wollen nicht gezwungen werden, in eine Grundschule zu gehen, die das alles theoretisch macht, aber wo es in der Praxis nicht stattfindet, weil die Politik nämlich Geld sparen will. Dann sieht der Unterricht, den sie konzipiert haben, in der Praxis ganz anders aus. Da möchte ich für die Eltern das noch offen halten, das sie dann genau sagen „Nein in die Schule will ich mein Kind nicht schicken“.

Michaele Reimann

Herr Professor Wocken - ich bedanke mich ganz herzlich im Namen unserer Fraktion für ihren Vortrag. Sie müssen aber auch uns zugestehen, dass man Parteien ebenfalls da abholen muss, wo sie sich in der Diskussion befinden. Sie können sich sicher vorstellen, dass einige von uns, die etwas mehr in der bildungspolitischen Materie stehen, sich von Ihren Vorstellungen sehr bestätigt fühlen. Wir überlegen aber auch, wie bringt man eine gesellschaftliche Diskussion zustande, um ein Klima für diese Positionen zu schaffen. Schließlich braucht es ein gesellschaftliches Verständnis dafür, um ein Maximum von dem, was man als vernünftig betrachtet, auch politisch durchsetzen zu können. Dafür ist auch diese Veranstaltung gedacht und ich denke, wir sind sicherlich am Ende auch miteinander einen Schritt weiter gekommen. Ich freue mich, dass sich hier im Raum eine ganze Reihe von Förderschullehrern mit ihren speziellen Kompetenzen befinden. Unserer Auffassung nach gehören sie natürlich an jede Grundschule! Ein von Ihnen genannter Streitpunkt ist auch die Frage: „Hebt man die Wohnsprengel auf oder nicht? Befördert man dadurch die weitere Segregation oder andererseits das weitere Ausweichen auf Privatschulen?“ Schulentwicklung geht nur gemeinsam mit allen, die in der Schule arbeiten, also Schüler und Pädagogen, aber auch mit den Eltern, die immer das Beste für ihre Kinder wollen. Dazu gehören die Politik und genügend finanzielle und personelle Ressourcen. Und dazu gehört die heutige Veranstaltung. Alleine in ein Gesetz zu schreiben: „man muss“, das reicht meines Erachtens nicht aus.

Prof. Wocken

Dann setzen wir das Gespräch fort. Ich beginne mal bei den politischen Konstellationen. Das ist in deutschen Ländern in der Tat in sehr starkem Maß gegeben, dass das Ausmaß von integrativen Schulen von der jeweiligen politischen Konstellation abhängt. Ich möchte das Thema Integration eigentlich nicht so gerne mit Parteipolitik verbinden. Einige sehr lehrreiche Beispiele sind Italien und Skandinavien. Was diese beiden Länder auszeichnet, ist nicht nur das hohe Maß an Integration, sondern das Integration von allen gesellschaftlichen Gruppen unstrittig getragen wird. In Italien von der Demokratie bis zur Kommunistischen Partei, niemand bestreitet aktiv, dass die integrative Schule gewollt ist und das gilt auch für Skandinavien. Von einem solchen gesamtgesellschaftlichen Willen, von einem solchen Bekenntnis zu Integration sind wir hierzulande weit entfernt. Realpolitisch sieht es in Deutschland so aus, je roter und je grüner ein Land ist, desto mehr Integration haben wir. Ich bedauere das. Ich möchte am liebsten, dass alle Parteien für Integration, ohne jegliche Ausnahme, und ich möchte es nicht zu einem parteipolitischen Zankapfel machen, stehen. Wir haben traurige Beispiele für politische Erdbeben erlebt. Im Saarland als dort die SPD nicht mehr regierte, ging es dort mit der Integration zurück und ebenfalls auch in Hamburg. Dort ist das Konzept der integrativen Regelklasse in Hamburg drastisch zurückgefahren wurden und der integrative Impetus ist in der Bildungspolitik in Hamburg gegenwärtig nicht mehr gegeben. Da haben Sie absolut recht, es ist von politischen Konstellationen abhängig, aber ich möchte nicht, dass es davon abhängig ist. Wenn ich Sie kritisiert habe, dann habe ich mir das deshalb leisten können, weil die Presse nicht da ist und ich kann mit Ihnen mal richtig Fraktur reden. Ich muss schon einen Unterschied machen zwischen einem Schulgesetzentwurf und einem Parteiprogramm. Das ist ja nicht Ihr Parteiprogramm, also das wäre nun wirklich eine Katastrophe, muss ich schon sagen. Im Schulgesetz werden Sie sich auch ein Stückchen anpassen müssen und politisch das Mögliche ausloten. Politik ist die Kunst des Möglichen. Aber ich meine, Sie können ein Stückchen mehr riskieren.

Prof. Dr. Ada Sasse

Sonder- und Sozialpädagogin an der Universität Erfurt

Integrative Beschulung in Thüringen

Integrative Beschulung in Thüringen

1. Warum ist der gemeinsame Unterricht von Schülern mit und ohne Behinderungen in Thüringen notwendig?
 2. Was meint die „Unteilbarkeit“ der schulischen Integration?
 3. Welche schulrechtlichen/schulorganisatorischen Rahmenbedingungen für die pädagogisch positive Berücksichtigung von Heterogenität existieren in Thüringen?
 4. Welches „integrationspädagogische Netzwerk“ ist in Thüringen wirksam?
 5. Warum etabliert sich der gemeinsame Unterricht nur allmählich?
 6. Ist die Förderschule überflüssig?
-

1. Warum ist der gemeinsame Unterricht von Schülern mit und ohne Behinderung in Thüringen notwendig?

- Der demographische Wandel rückt soziale Kompetenzen in den Fokus öffentlichen Interesses, die bislang durch die Integrationspädagogik vertreten wurden: Akzeptanz von Verschiedenheit und Anerkennung von anderen Formen von Schönheit und Leistungsfähigkeit als die eigenen.
 - Diese sozialen Kompetenzen werden in segregierenden Schulsystemen deutlich weniger angeregt als in integrativen Schulsystemen.
 - Davon, wie es gelingt, diese sozialen Fähigkeiten bei den nachwachsenden Generationen heute zu entwickeln, wird der soziale Zusammenhalt der überalterten Gesellschaft von morgen abhängen.
 - Thüringen hat nicht nur eine erschreckend hohe Kinderarmut, sondern auch eine Armut an Kindern.
 - Die uns verbliebenen Kinder benötigen die bestmögliche Ausbildung.
 - Bestmögliche Ausbildung heißt: die individuelle Entwicklungs- und Schullaufbahnperspektive von Kindern ist so lange wie möglich „offen“ zu halten und nicht zu einem möglichst frühen Zeitpunkt schulorganisatorisch einzuengen - dies gelingt am besten im gemeinsamen Unterricht.
 - Förderschulen werden in hohem Maße von Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Herkunftsfamilien besucht; es ist daher eine grundlegende Frage sozialer Gerechtigkeit, sie am gemeinsamen Unterricht teilhaben zu lassen.
-

2. Was meint die „Unteilbarkeit“ der schulischen Integration?

Thüringer Allgemeine vom 25.09.2007: „Man könnte in Thüringen die Quote der behinderten Kinder, die unbedingt eine Förderschule besuchen müssen, glatt halbieren, sagt ... Ada Sasse.“

- Integration ist unteilbar.
- Wenn Behinderung nicht als ein Personmerkmal, sondern als ein Merkmal der beeinträchtigten Austauschprozesse zwischen Person und Umwelt angesehen wird, dann ist die „Integrationsfähigkeit“ nicht ein Merkmal des Kindes, sondern ein Merkmal von Schule.
- Prinzipiell ist kein Kind „förderschulbedürftig“, aber manche Kinder haben einen besonderen Unterstützungsbedarf („sonderpädagogischer Förderbedarf“).
- Der Förderbedarf ist obligatorisch, aber die Form Sonderschule ist kontingent (historisch zufällig!).

Argumentation:

In den „alten“ Bundesländern kommen deutlich mehr als die Hälfte der Förderschüler (Lernen, Sprache, Verhalten) aus Familien mit Migrationshintergrund. Der Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationskontext ist jedoch in den Thüringer Schulen verschwindend gering. Aus diesem Grund dürfte die Förderschülerquote in den neuen Bundesländern nicht besonders hoch, sondern sie müsste deutlich niedriger als in den alten Bundesländern sein!

3. Welche schulrechtlichen Rahmenbedingungen für die pädagogisch positive Berücksichtigung von Heterogenität existieren in Thüringen?

- Vorrang des gemeinsamen Unterrichts vor der Unterrichtung in der Förderschule;
- die erste Aufgabe der Förderzentren ist es, Integration vor, während und nach der Schulzeit zu unterstützen;
- der Mobile Sonderpädagogische Dienst unterstützt den gemeinsamen Unterricht in der wohnortnahen Grund- und Regelschule;
- Elternwahlrecht;
- Schuleingangsphase;
- Förderbedarf;
- sonderpädagogischer Förderbedarf;
- sonderpädagogische Fachkräfte, Förderschullehrer und Grund- bzw. Regelschullehrer als „Doppelbesetzung“ im Unterricht;
- finanzielle Unterstützung des gemeinsamen Unterrichts durch Zuwendungen der Schulverwaltungsämter;
- Integrationshelfer (SGB).

4. Welches „integrationspädagogische Netzwerk“ ist in Thüringen wirksam?

In den vergangenen 5 Jahren etabliert:

- Berater für den gemeinsamen Unterricht an allen Schulämtern Thüringens (in der Regel 2 halbe VZB);
- integrationspädagogische Fortbildungsmodulare (10 ganztägige Veranstaltungen pro Jahr);
- Landesarbeitsgemeinschaft „Gemeinsam leben - gemeinsam lernen“ Thüringen e.V.;
- landesweiter Integrationstag Thüringen;
- „Thüringer Bildungsplan für Kinder bis 10 Jahre“;
- in Vorbereitung: Thüringer Arbeitsstelle für den Gemeinsamen Unterricht.

Arbeitsfeld der Berater/innen für den gemeinsamen Unterricht

I. INFORMATION UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

- in Ämtern, Kindergärten, Grund- und Regelschulen
- Fortbildungsangebote für Schulverwaltungen, für Lehrer aller Schularten
- Unterstützung von Selbsthilfeinitiativen u. a. m.

II. BERATUNG

(Fortbildungen, Gespräche, Dienstbesprechungen, Teamabsprachen, institutionenübergreifende Absprachen u. ä.; einmalig oder ggf. mehrfach)

1. Elternberatung hinsichtlich der zu stellenden Anträge und der Verwaltungswege in enger Zusammenarbeit mit dem MSD
2. enge Absprachen mit dem MSD
3. Beratung der Schule des Kindes über räumliche, sächliche und personelle Voraussetzungen
4. Absprachen mit dem Schulamt über notwendige zu schaffende Voraussetzungen sowie Fortbildungen für Schulumtspersonen
5. Beratung der Lehrer und Erzieher im Integrationsprozess
6. Beratung in Übergangssituationen von FÖZ zu Grund- und Regelschulen

III. UNTERSTÜTZUNG

(Gespräche, Dienstbesprechungen, Teamabsprachen, institutionenübergreifende Absprachen u. ä.; kontinuierlich über einen mittelfristigen Zeitraum)

- Gespräch zur individuellen Entwicklungs- und Schullaufbahnperspektive
- Konfliktlösung in der Schule, Ämter, Behörden

IV. Begleitung

- Aufbau von Kooperation zwischen Förderschulen und anderen Schulen
- Neuintegration“; Schaffung der Rahmenbedingungen
- didaktische Hilfestellungen
- prozessbegleitend, Evaluation, Unterstützung
- bei Qualitätssicherung, Fortbildung
- Schulverwaltung -
- Sonderpädagogen prozessbegleitend
- MSD, Jugendamt, Sozialamt

5. Warum etabliert sich der gemeinsame Unterricht nur allmählich?

- Ursachen auf der Ebene des Schulsystems (gemeinsamer Unterricht und Förderschule existieren nebeneinander; der Ausbau der Förderschulen in den 90er Jahren hat Normvorstellungen verändert)
- Ursachen auf der Ebene der Institution: keine pädagogische Gesamtverantwortung für alle Kinder, sondern eine geteilte pädagogische Verantwortung für Kinder, die als „normal“ empfunden werden
- Ursachen auf der individuellen Ebene: unzureichende Erfahrungen damit, dass Integration möglich ist - diese Erfahrung kann man erst dann gewinnen, wenn Kinder mit Behinderungen im gemeinsamen Unterricht lernen

„Wir brauchen noch Zeit!“

! WOFÜR?

6. Ist die Förderschule überflüssig?

- Erforderlich ist eine Differenzierung zwischen Institution und Profession.
- Die Institution der Förderschule ist kontingent; aber sonderpädagogische Kompetenz ist obligatorisch.
- Professionelle Kompetenzen existieren unabhängig von Institutionen.
- Empirisch zu prüfen ist, ob die Institution die professionelle Kompetenz „unterhöhlt“ („sozialer Preis“ der Förderschule, Entwertung der pädagogischen Arbeit durch mangelnde Anerkennung der Schulabschlüsse von Förderschülern).

Was ist der „beste“ Förderort - Und für wen?

- Wie soll die Gesellschaft beschaffen sein, in der wir leben möchten?
- Welche Ausbildung benötigen Kinder und Jugendliche heute, um mit den gesellschaftlichen Ansprüchen von morgen zurecht zu kommen?
- Setzen wir mit den Reformen an denjenigen kritischen Punkten der Gesellschaft an, an denen die Ungerechtigkeit am Größten ist?

Dr. Wolfgang Gündel

Schulleitungsmitglied der Carolinenschule in Greiz, eine Förderschule mit Schwerpunkt geistiger Behinderung

Vortrag aus der Sicht der Förderschule

Ich stehe ein bisschen mit dem Rücken zur Wand. Das ist klar, wenn man eine Institution vertritt, die Förderschule heißt und die eigentlich in Perspektive nicht mehr so existieren soll. Die Frage, ob die Daseinsberechtigung gegeben ist oder nicht, ist ein bisschen schwer für mich. Sonst bin ich eher ein Fachmann für andere Fragen. Ich bin Förderschullehrer, der selbst jede Woche über 20 Stunden unterrichtet und daneben noch die Schule verwaltet. Unsere Schule ist in freier Trägerschaft. Der Träger ist die Diakonie.

Ich versuche, mir aus der Innenperspektive Gedanken zu machen und für mich war es auch toll zu hören, dass ich eventuell „Kofferpädagoge“ werden soll. Natürlich fand ich auch Ihre Idee von einem Förderzentrum interessant. Dass wir dann ein Förderzentrum ohne Schüler sind, wäre für mich dann auch noch neu, da ich unsere Schüler immer noch im Hinterkopf habe. Das sind natürlich Perspektiven und das ist auch etwas, wo man sich noch sehr intensiv damit auseinandersetzen muss. Ich möchte kurz erläutern, wie sich unsere Schule entwickelt hat.

Wir sind ein Kind nach der Wende, denn vor der Wende gab es keine Förderschule für Menschen mit einer geistigen Behinderung. Für die Eltern war es natürlich eine gute Situation, dass ihre Kinder erst einmal eine Ausbildung in einer richtigen Schule bekommen können. Das muss man sich erst einmal vorstellen, das war vorher nicht und wenn Sie genau lesen, haben wir jetzt 15-jähriges Bestehen dieser Schultypen. Wir haben 1994 einen ausgebauten Schulkomplex einer ehemaligen POS zusammen mit einer Grundschule bezogen. Nun sind wir in einer Kooperationsbeziehung. Das ist für die Integrationspädagogen keine Integration, aber es ergeben sich tolle Ansätze. Die Schule war im Aufbau nicht billig, denn eine Förderschule mit diesem Zuschnitt braucht Besonderheiten.

Wir haben daraufhin insgesamt über die 15 Jahre ein bestimmtes Profil erarbeitet. Der Schwerpunkt ist die Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr, obwohl auch verlängert werden kann, die einen sonderpädagogischen Förderbedarf im Bereich der geistigen Entwicklung aufweisen. Wir haben eine ganz starke traditionelle, enge Kooperation mit der staatlichen Grundschule dadurch, dass wir fast gemeinsam ein Gebäude haben. Wir haben ein Beratungszentrum und ein Förderzentrum für Kinder und Jugendliche aufgebaut, die aus dem großen Umland mit so genannten Entwicklungsschwierigkeiten zu uns kommen. Dies nennt sich bei uns „Hilfe für das verhaltensoriginelle Kind“. Ich muss Ihnen sagen, das ist hochinteressant. Eltern melden sich jede Woche an. Ebenso haben wir eine Beratungsstelle aufgebaut für Kommunikation, für Kinder und Jugendliche so-

wie auch Erwachsene mit erheblichen verbalen Kommunikationsschwierigkeiten. Des Weiteren wurde bei uns ein Schülercafé eingerichtet. Das kann von allen besucht werden, vor allem von Eltern und Pädagogen, um Erfahrungen miteinander auszutauschen. Ehemalige Schüler besuchen uns und es hat sich ein ehrenamtliches System der Erwachsenenbildung aufgebaut für Menschen mit einer geistigen Behinderung.

Bei uns gibt es eine andere Art von Integration, was sich zufällig ergeben hat. Es gab eine Veränderung im Zugangsbereich aufgrund des Förderschulgesetzes vor 3 Jahren, dass Kinder, die damals eingeschult werden sollten, nicht mehr in dem Förderschulbereich lernen, sondern sie sollten die Grundschule besuchen und dann sollte der sonderpädagogische Förderbedarf festgestellt werden. So, wie das Leben es aber schreibt, ist passiert, dass einige Eltern mit ihren Kinder kamen, die eigentlich keine Grundschule wollten. Genau das ist uns passiert und dann haben wir im Rahmen unserer Förderschularbeit auch diese Kinder mit aufgenommen, sie gehören nicht zu uns, aber wir haben sie jetzt nach drei Jahren wieder an normale Grundschulen zurückentwickeln können. Wir reden über eine Förderschule für geistige Entwicklung und ich habe sie wieder zurückschulen können und sie lernen jetzt erfolgreich an Grundschulen in der dritten Klasse weiter. Wir haben versucht, diesen integrativen Gedanken etwas anders aufzubauen, aber nicht so, wie Sie es sicherlich auch diskutieren.

Wer wird bei uns eigentlich beschult? Das sind alles Kinder, auch wenn das sehr medizinisch klingt, mit mehrfach Schwerstbehinderungen, die teilweise ein sensomotorisches Entwicklungsalter von fünf bis sieben Monaten aufweisen. Sie brauchen also ganz spezielle Förderung und sind nicht über kognitive Wege ansprechbar. Wir haben ganz viele Kinder, die aus dem Bereich der ITP mit einer diagnostizierten geistigen Behinderung kommen, wir haben ganz unterschiedliche Phänomene des frühkindlichen Autismus in unserer Schule, wir haben Kinder mit genetischen Fragestellungen und unter anderem Kinder der Ausgrenzung - eben Schüler mit schweren Problemen im Verhalten, die selbst im Förderschulbereich lernend nicht mehr ertragen wurden. Wo müssen sie dann hin? Wir müssen sie aufnehmen und müssen uns dann auch Konzepte einfallen lassen. Dies sind Fragen, die uns bewegen.

Einige Anmerkungen zu unserer inhaltlichen Ausrichtung: Lernplanorientierung ist bei uns prinzipiell der jeweilige Entwicklungsstand des Kindes und die Analyse des nächsten Entwicklungsschrittes. Wir sprechen wirklich da-

von, wir stellen den individuellen Förderbedarf fest und daraus ergeben sich dann für uns die prinzipiellen Entwicklungsziele. Der Schüler, so wie er sich zeigt, das ist für uns der Lehrplan und dann bauen wir eine individuelle Orientierung auf. Ich habe hier kurz aufgeschrieben, wie wir fördern, also die Methoden verschiedener Arten von Schülern, die wir beschulen. Das ist z. B. die Förderung in Bereichen der neuromotorischen Entwicklung, der Wahrnehmungsentwicklung. Das sind spezielle Ansätze, die wir mit in die Schule integrieren müssen, auch aus dem therapeutischen Bereich, damit die Kinder überhaupt lernen, kompetent werden zu können. Wenn Sie z. B. einen mehrfach Schwerstbehinderten nicht exakt „lagern“, dann kann dieser einen auch nicht richtig wahrnehmen. Kann er wahrnehmen, dann kann er uns richtig verstehen lernen.

Wir haben ganz viele Kompetenzen in unserem Förderschulbereich aufgebaut für die Kommunikationsförderung. Bei uns sind fast alle Kinder mit so genannten „Talker-Systemen“ versorgt. Das heißt, sie können sich über Medien der Elektronik verständigen und das ist ganz wunderbar zu erleben. Schüler, die nicht sprechen können, die sich aber mit Ihnen unterhalten über diese Medien. Wir unterrichten sehr erfolgreich in dieser Methode, dass die Schüler lesen lernen, dass sie schreiben lernen und Rechenkompetenzen aufbauen nach ganz speziellen Modellen, z. B. dem Würzburger Modell, so dass unsere Schulabgänger in der Lage sind, wesentliche Kommunikationsstrategien nicht nur verbal, sondern sich auch über das geschriebene Wort auszutauschen und eben lesekompetent werden können. Das ist nicht so einfach zu machen, sondern es braucht eine ganz spezielle Strategie. Ein Beispiel: Ich war in den Sommerferien in einer Buchhandlung der Stadt Greiz und habe mir ein Buch gekauft und in dem Augenblick kommt eine Schülerin herein aus unserer Schule und kauft sich ein Buch. Ich fand das ganz toll. Sie hatte die Lesekompetenz erworben. Das ist genau das, worüber wir uns immer so sehr freuen. Weitere Methoden und Lehrpläne habe ich hier aufgeführt.

Was sind so besondere Anforderungsstrukturen an ein Team, was in dieser Schule arbeitet. Wenn wir sagen, in Perspektive wollen wir uns verändern oder sollen wir uns verändern, dann müssen Sie auch damit rechnen, dass Sie an manchen Förderschwerpunkten, also eine Schule für alle, dann mehr als zwei Pädagogen brauchen, dann braucht es teilweise mehr. Damit wird es auch noch ein bisschen anders. Wir haben Sonderpädagogen und die sind in der Regel hier in Thüringen ausgebildet, wenn sie das weitere Aufbaustudium in Erfurt gemacht haben in zwei Fachrichtungen, also in der geistig behinderten Pädagogik und Pädagogik bei Kindern mit Verhaltensbeeinträchtigungen bzw. ausgebildeter Lernbehindertenpädagogik. Die Besonderheit bei uns war ja, dass wir diese Schulen aufbauen mussten, ohne genügend Personal in dieser Richtung zu haben. Also mussten ganz viele Kollegen, die aus Grund- und Regelschulen gekommen sind, sich hier aufqualifizieren. Tatsächlich ist es so, und da gebe ich auch Fr. Sasse vollkommen Recht, wenn ein Kollege, der auch in diesem Bereich nicht groß geworden ist, sich dann damit auseinandersetzen muss, dann wächst er in den Auf-

gaben oder er sucht sich eine neue Schule. Auch das habe ich erlebt. Wir haben in der Schule einen sehr guten Stamm an sehr guten sonderpädagogischen Fachkräften. Das ist etwas, das muss ich Ihnen ganz deutlich sagen, was das Rückgrat einer Förderschule in unserem Bereich hält. Ohne diese Kollegen kann oft der Schüler nicht optimal lernen. Wir haben das wunderbare Glück, dass wir Kollegen haben in diesem so genannten Erzieherbereich, die zweibis dreifache Ausbildungen haben. In der Regel haben sie alle den staatlich anerkannten Erzieher, sie haben dazu medizinische Ausbildung wie die der Krankenschwester oder eine logopädische Ausbildung. Ich habe Kollegen dabei, die ergo- und physiotherapeutische Ausbildung und diese Erzieherausbildung haben plus diese dreijährige begleitende sonderpädagogische Zusatzqualifikation, wie es der Gesetzgeber uns vorschreibt.

Sie merken daran, dass es nicht nur der Lehrer ist, den wir benötigen, sondern wir brauchen hochkompetente Erzieherinnen und Erzieher, die in diesem Förderschulbereich oder in dieser Arbeit Kinder mit begleiten. Ohne teilweise medizinisches fundiertes Grundwissen können sie häufig unsere Schüler nicht optimal beschulen. Es hat sich natürlich etwas in einer solchen Förderschule entwickelt, das sind die besonderen emotionalen Qualitäten und darauf lege ich ganz viel Wert und ich kann für alle immer nur sagen, weil wir eine sehr offene Schule sind, ich lade immer gerne alle ein, kommen Sie zu uns, schauen Sie, wie wir arbeiten, damit auch Sie diese Materie noch tiefer verstehen können oder lernen an unserer Arbeit. Ich brauche Empathie. Und Empathie ist nicht etwas, das ich von außen geben kann, das muss sich entwickeln und brauche auch für diesen unseren Schüler einen ganz besonderen Zugang. Es gibt auch pädagogische oder es gibt Kollegen, die das nicht so aufbringen können. Sie sagen dann zu mir, „Ich kann mir gar nicht vorstellen, wie du in so einer Schule arbeiten kannst“.

Ich muss das nicht kommentieren, es ist aber so, Sie müssen sich vorstellen, ich habe auch eine andere Karriere als Lehrer hinter mir. Ich war Sport- und Deutschlehrer an einer ganz normalen POS, war dann acht Jahre an einer Hochschule und habe Sportstudenten ausgebildet. Also der Leistungsgedanke ist bei mir richtig drin gewesen. Mit der Wende wurde der wissenschaftliche Mittelbau in dieser Hochschule nicht benötigt und ich hatte das Glück, weil ich schon immer mit Menschen auf einer anderen Ebene, mit Kindern mit Behinderung zu tun hatte, dass man zu mir gleich gesagt hat „Hey du, das wäre doch eine Aufgabe. Bau doch mal eine Förderschule auf“. Da musste ich völlig umdenken und dann hat sich diese Entwicklung vollzogen.

Was sind mögliche Vorteile des Konzeptes? Wir haben Schüler, die ähnliche, aber auch extrem unterschiedliche Lernbegabungen, Interessen, Vorlieben und auch Kommunikationstrategien haben. Diese werden in unserer Einrichtung gemeinsam unterrichtet. Schüler an unserer Schule haben, das ist bei uns ein wichtiger pädagogischer Grundsatz, das Gefühl, dass sie wirklich normal sind, so werden sie von uns behandelt und angesprochen und der wich-

tigste Ansatz ist auch, dass sie sich richtig frei bewegen können. Durch diese Gesamtentwicklung in den 15 Jahren hat sich ein gewisses Zentrum für spezielle Kompetenzen entwickelt, wo wir in der Schule eine sehr eng koordinierte Feindiagnostik diskutieren können, um herauszufinden, was das Kind braucht und wie wir herangehen. Sie brauchen den unmittelbaren Kommunikationsaustausch der Spezialisten, der Pädagogen, um weiter zu kommen. Wir führen sehr gezielt Fort- und Weiterbildung durch, damit der Qualitätsstandard der Schule hoch gehalten wird. Es ist auch so, dass wir selber publizieren, versuchen in der Diagnostik weiter zu kommen und eigene Lernmethoden mitentwickeln, um für das Konzept selbst aktiv zu bleiben. Wir haben eine ganz spezielle Ausstattung unserer Förderschule.

Wenn man sagt, dass man eine Schule für alle braucht, dann muss man auch darüber nachdenken, wie vom Gebäudesystem so eine Schule aufgebaut wird. Ich kenne in Greiz nur eine Schule, die einen Fahrstuhl hat, das sind wir. Ich rede nur von den Schulen, die ich kenne. Wir haben ganz spezielle Förderräume, wie z. B. Wahrnehmungsräume, ein Therapiewasserbecken für die mehrfach schwerstbehinderten Kinder, einen Logopädierraum, einen Physiotherapieraum und auch individuelle kleine Rückzugsräume für Schüler, die einfach nicht in der Lage sind, auch in der Kommunikation es lange in Gruppen auszuhalten. Wichtig ist auch, dass wir durch das Team selbst eine unmittelbare Hilfe und Unterstützung von Kollegen entwickeln können, die täglich mit Schülern arbeiten, die schwerste und schwere Entwicklungsverzögerungen aufweisen, sowohl im Bereich der Wahrnehmung, der Motorik, des Lernens und im Verhalten. Mit anderen Worten, sie brauchen fast jede Woche eine Art Supervision mit Kollegen, die relativ schnell für sich selbst einen Punkt erreichen, wo sie sagen „Ich kann jetzt nicht mehr“. Es sind einfach Phänomene da, wo man dem Kollegen oder der Kollegin helfen muss.

Was sich auch bei uns durch diesen speziellen Standort sehr gut entwickelt hat, ist die Kooperation mit der Grundschule. Es ist toll, wenn Schüler gemeinsam eingeschult werden. Wir schulen nicht ein und die Grundschule schult nicht ein, sondern es ist die Tradition, dass wir gemeinsam einschulen in einer gemeinsamen Schuleinführungsfeier und Sie werden nicht herausfinden, wer von diesen Kindern anders ist oder eben besonders. Wir haben viele gemeinsame Projekte, auch gemeinsamen Unterricht, Schülerpraktika und natürlich wird das Gebäude gemeinsam genutzt. Sicherlich ist dies nicht die Form der Integration, wie wir das verstehen, aber eine gewisse Art, wo auch die Schüler der Grundschule ganz schnell Akzeptanz lernen.

Was wären Vorteile einer anderen Schule? Die Aufhebung der sozialen Isolation ist sicherlich der erste Punkt. Schüler in separaten Schulen, wie wir es derzeit mit diesem hohen Anteil in Thüringen haben, können nicht voneinander lernen. Sicherlich gibt es auch hier noch große Unterschiede zwischen dieser Schulform, die ich hier kurz dargestellt habe, und vor allem der Lernförderschule. Ich

denke auch, dieses bessere beiderseitige Lernen von Toleranz, Solidarität und Akzeptanz ist in einer Schule für alle natürlich viel besser zu organisieren. Wir bemerken bei unserer Kooperation, dass wir den Schülern in der Grundschule systematisch auch helfen müssen, den anderen mit anzufassen, wobei auch Studien immer wieder darauf hinweisen, dass Kinder und Jugendliche mit massiven Verhaltensproblemen auch in integrativen Schulformen oder Projekten häufig noch sozial ausgegrenzt werden. Das darf man nicht leugnen. Das bezieht sich auf Schüler in der Lernförderung, Schulleistungen sind unter integrativen Bedingungen zumindest teilweise besser, haben Studien aufgezeigt bzw. gleich gut.

Was könnten derzeit hemmende Bedingungen sein, jetzt speziell für unsere Schulform? Fragen der Integration unserer Schüler oder Schulabgänger in die freie Wirtschaft. Wir müssen nämlich nicht nur sagen oder Sie müssen beim Nachdenken des Konzeptes beachten, was wird aus einem Schüler mit einer geistigen Behinderung und ist er nicht in der Lage, einen Berufsschulabschluss zu erwerben. Bisher gehen sie in die geschützten Werkstätten. Das bedeutet, wenn wir nicht weiterdenken in einer Art Integration für alle oder gemeinsame Schule, dann müssen wir auch sagen, es muss nach der Schule weitergehen. Wo geht es dann weiter und wie wird das geklärt?

Fragen der Integration in die berufliche Ausbildung ist genauso ein ganz schweres Thema. Nicht nur über die Integration der Schule reflektieren und nachdenken, sondern es muss bedeutend weiter gehen. Fragen der Integration in das allgemeine gesellschaftliche Leben. Was heute schon gesagt wurde, barrierefreier Zugang in allen Schulen. Das ist in Greiz teilweise noch nicht gelöst. Wenn wir mit unseren Klassen ein Projekt eingehen, dann suchen wir uns natürlich die Einrichtung aus, die behindertengerecht ist, sonst geht es nicht. Wir wissen ja, dass es in Finnland so geregelt ist, dass viel mehr Personal um den Schüler herum arbeitet. Das ist bei uns derzeit nicht gelöst. Sie haben Konzepte angeboten. Es ist die Fragestellung, dass sie nicht nur den Pädagogen brauchen, sie brauchen auch den Spezialisten auf der Erzieherebene, der aber nicht nur eine Erzieherausbildung hinter sich hat, er muss mehr wissen.

Was sind weitere Bedingungen hier in Thüringen? Natürlich haben wir das noch sehr stark gegliederte selektive Schulsystem. Das ist derzeit nach wie vor ein Widerspruch zu dem Gedanken „Eine Schule für alle“. Wir haben auch das Problem der Leistungsbewertung, die so genannten Defizit-Diskussionen. Wenn man selbst mit den Kollegen an unserer Grundschule spricht und ein Schüler war zu einem bestimmten Praktika an der Grundschule, dann bekomme ich zu hören „Da hat er Defizite und da hat er Defizite...“. Das weiß er vorher!

Einige Abschlussbemerkungen. Ich denke eine abrupte Umgestaltung des Förderschulsystems scheint auf Grund der derzeitigen gesamtgesellschaftlichen Bedingung eher schwierig zu sein. Es wurden ja prozesshafte Modelle diskutiert. Ich habe bewusst hier auch schon

Grundschulen herausgenommen, weil ich denke, durch veränderte Diskussionen auch auf gesetzlicher Ebene, durch andere Rahmenbedingungen wird sich hier etwas weiterentwickeln, aber vor allem die Pädagogen an den Regelschulen, und ich schließe hier eine Schule für alle trotz alledem das Gymnasium ein, sind für die Integration von Schülern mit erhöhten Förderbedarf, ich spreche speziell von den Kindern und Jugendlichen, die wir unterrichten, nicht vorbereitet. Das ist eine These, die kann sicherlich auch von jemand widerlegt werden. Integrative Pädagogik ist erst dann möglich, wenn die allgemeine Pädagogik und die Fachdidaktik die Verschiedenheit der Schüler anerkennen und hierfür wirkliche, vielleicht auch differenzierte Konzepte im Gemeinsamen entwickeln. Ich kenne diese Konzepte und wir praktizieren sie natürlich auch an unserer Schule, aber in integrativen Einrichtungen arbeite ich nicht und das Konzept des offenen Unterrichts für die höheren Klassen ist für mich dann noch kein Königsweg. Sicherlich gibt es ganz kompetente Kollegen, die das irgendwo toll praktizieren und von daher, aus meiner Sicht, ist es noch schwer vorstellbar, wenn es um Fachunterricht geht, wie lehre ich z. B. auf einer ganz anderen Art und Weise einem Schüler, den wir als geistig behindert bezeichnen,

elementare Dinge in Physik, Chemie und Mathematik. Wo endet eigentlich dieser Vermittlungsprozess? Eine Schulform für das Unterrichten von Schülern mit erhöhtem sonderpädagogischem Förderbedarf wird auch zukünftig aus meiner Sicht noch notwendig sein. Ich denke, die Gefahr besteht in der Separierung von Schülern mit erhöhtem Förderbedarf.

Meinen Kollegen und mir ist es immer wichtig, dass man die richtigen Rahmenbedingungen für das Unterrichten in einer Schule für alle bereitstellt. Das wird nämlich kompliziert werden. Ich denke in Bezug auf unsere Schüler, Schüler mit einem hohen oder besonders hohen sonderpädagogischen Förderbedarf werden in der Pädagogik immer eine gewisse Herausforderung sein. Ich habe viele Fallbeispiele, die selbst für unsere Kollegen eine extreme Herausforderung darstellen in der emotionalen und fachlichen Arbeit. Wir sind eine diakonische Schule und wir haben einen diakonischen Auftrag, wir lehnen keine Schüler ab, wir helfen auch Kindern in schwersten Situationen. Aber das ist für die Art immer eine enorme Herausforderung. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Maik Nothnagel

Behindertenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag

Resümee

Der Wandel von Integration zu Inklusion

Inklusion - als Begriff synonym mit „volle gesellschaftliche Teilhabe“ gebraucht - ist nach Auffassung des UNO-Komitees für die Rechte des Kindes „ein niemals endender Prozess, bei dem Kinder und Erwachsene mit Behinderung die Chance bekommen, in vollem Umfang an allen Gemeinschaftsaktivitäten teilzunehmen, die auch nicht behinderten Menschen offen stehen. Inklusion bedeutet, Kinder mit Behinderung in der Schule zu erziehen, die sie besuchen würden, wenn sie keine Behinderung hätten“.

(Quelle: UNESCO-Dokumentation 1997).

Für eine Zurückdrängung der Sonder- und Förderschulen

Maik Nothnagel, behindertenpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion der Linkspartei.PDS verweist auf die heute (20.6.) in Berlin zu Ende gehende europäische Konferenz zu einer besseren Integration behinderter Menschen und die Kritik am diskriminierenden deutschen Schulsystem, das überproportional viele Kinder in Sonder- und Förderschulen unterrichtet.

Angesichts der Tatsache, dass „Thüringen zu den Bundesländern mit den meisten Sonder- und Förderschulen gehört“, begrüßt es Nothnagel, „wenn die Landesregierung die Forderung der Ministerkonferenz schon einmal vorab aufnimmt und bei den Zuschüssen für Behinderte an den Förderschulen streichen will, wie es heute in der Presse vermeldet wurde“.

Der Abgeordnete warnt allerdings die Landesregierung davor, „die Behindertenpolitik als Spargeld und zur Haushaltskonsolidierung zu missbrauchen. Das eingesparte Geld muss vielmehr genutzt werden, um in Thüringen offene und integrative Projekte voranzubringen, Schulassistenz zu gewährleisten sowie Grund-, Regelschulen und Gymnasien barrierefrei zu gestalten“, fordert der Behindertenpolitiker.

Auch bei den Einschnitten in der Behindertenberatung sei „die Schmerzgrenze längst erreicht“, so Nothnagel weiter. „Diese Landesregierung weiß gar nicht, wie wichtig auch im Sinne der Prävention diese Beratungsstellen sind. Weitere Sparmaßnahmen werden nur die Folgekosten in der Behindertensozialarbeit in die Höhe treiben“, kritisiert Nothnagel die von „wenig Fachverstand zeugenden Überlegungen“.

Probleme aus eigener Sicht

- der Einzige behinderte Schüler der Schulen, die ich besucht habe
 - Sonderstellung
 - kein Peer
 - Folge war, dass ich mich bis zum 24. Lebensjahr nicht mit dem Thema „Behinderung“ beschäftigt habe - ich wollte nichts mit Behinderten zu tun haben
-

Aufgaben die noch zu lösen sind:

- Worthülse Inklusion mit „Leben“ erfüllen!
 - medizinische, negative und defizitäre Behindertenbild überwinden
 - UN-Konvention ratifizieren
 - Gleichstellung und Antidiskriminierung umsetzen
 - neues Bildungssystem durch neue Schulgesetze der Länder und des Bundes schaffen
-